

Arbeiter-Zeitung

Sonnabend/Sonntag, 6./7. September
12. Jahrgang, Nummer 208

Wochenpreis 10 Pfennige

Geht für den Wahlfonds der Agitiert für die Liste 4

Preisliste: Einzelheft 48 Pf., Monatspreis 1,20 Mk., 3 Monate 3,60 Mk., 6 Monate 6,00 Mk., 1 Jahr 10,80 Mk. (Postzuschlag 10%).
Werbung: 10 Zeilen à 100 W. 10 Mk., 20 W. 20 Mk., 30 W. 30 Mk., 40 W. 40 Mk., 50 W. 50 Mk., 60 W. 60 Mk., 70 W. 70 Mk., 80 W. 80 Mk., 90 W. 90 Mk., 100 W. 1,00 Mk. (100 W. = 1000 Buchstaben).
Abdruck: 10 Zeilen à 100 W. 10 Mk., 20 W. 20 Mk., 30 W. 30 Mk., 40 W. 40 Mk., 50 W. 50 Mk., 60 W. 60 Mk., 70 W. 70 Mk., 80 W. 80 Mk., 90 W. 90 Mk., 100 W. 1,00 Mk. (100 W. = 1000 Buchstaben).
Abdruck: 10 Zeilen à 100 W. 10 Mk., 20 W. 20 Mk., 30 W. 30 Mk., 40 W. 40 Mk., 50 W. 50 Mk., 60 W. 60 Mk., 70 W. 70 Mk., 80 W. 80 Mk., 90 W. 90 Mk., 100 W. 1,00 Mk. (100 W. = 1000 Buchstaben).

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der KPD, Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Montag: 7-18 Uhr. Illustrierte Beilage: 7-18 Uhr.
Dienstag: 7-18 Uhr.
Mittwoch: 7-18 Uhr.
Donnerstag: 7-18 Uhr.
Freitag: 7-18 Uhr.
Sonntag: 7-18 Uhr.
Verlag: „Der Rote Stern“, Breslau, Postfach 1000.
Abdruck: 10 Zeilen à 100 W. 10 Mk., 20 W. 20 Mk., 30 W. 30 Mk., 40 W. 40 Mk., 50 W. 50 Mk., 60 W. 60 Mk., 70 W. 70 Mk., 80 W. 80 Mk., 90 W. 90 Mk., 100 W. 1,00 Mk. (100 W. = 1000 Buchstaben).

Die Kandidaten der Kommunistischen Partei:

Kämpfer für Sowjet-Deutschland

Das sind die Kandidaten der ausgebeuteten Millionen in Young-Deutschland: Führer im revolutionären Kampf, Arbeiter aus Schacht und Hütte, von den Werften und aus den Chemiefabriken, Vertreter der werktätigen Frauen und der kämpfenden Jugend, der schaffenden Kleinbauern und notleidenden Mittelständler

Wir veröffentlichen nachfolgend die Reichsliste der kommunistischen Partei. Es gibt keine Liste in Deutschland, die schon in ihrer sozialen Zusammensetzung so klar und eindeutig das Gesicht der arbeitenden Massen in Stadt und Land, der ausgebeuteten und darbenenden Millionen in Young-Deutschland trägt wie die Liste 4.

Auf der Liste der sozialdemokratischen Hoch- und Landesverräter am arbeitenden Volk prangen die 44 Minister, Staatspensionäre, Regierungsräte und Polizeipräsidenten, die verbrecherischen Agenten des Trustkapitals, aber kein einziger Arbeiter.

Auf der Naziliste Reiterstein-Goebbels, Regieresteuer- und abgetakelte Generale, eine Galerie von volksverräterischen youngkapitalistischen Bonzen, aber kein wirklicher Arbeiter.

Auf der kommunistischen Liste 4 aber stehen überall an sicherer Stelle die Arbeiter aus den Betrieben, die Vertreter der Werktätigen, diejenigen, die täglich Brust an Brust mit den Young-Ausbeutern ringen. Sie stehen neben dem Führer unserer Partei, Genossen Thälmann, und anderen fürmerproben Funktionären unserer Partei, der einzigen antikapitalistischen und antifašistischen Partei in Deutschland.

Auf dieser Liste stehen die Kämpfer, die — allen ausbeuterischen Gewalten zum Trotz — für die Ziele der „Programmerkklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes“ an der Spitze der Massen kämpfen. Ihre Lösung ist die große Lösung, mit der Genosse Ernst Thälmann in Hamburg diesen Wahlkampf für die kommunistische Partei eröffnete: „Wir kämpfen für Sowjetdeutschland!“

Reichswahlvorschlag der Kommunistischen Partei

1. Ernst Thälmann, Transportarbeiter, Führer der KPD, Hamburg.
2. Hermann Kemmel, Metallarbeiter, Berlin.
3. Wilhelm Pies, Holzarbeiter, Berlin.
4. Heinz Neumann, Schriftsteller, Berlin.
5. Helene Duerich, kaufmännische Angestellte, Berlin.
6. Walter Ulrich, Holzarbeiter, Berlin.
7. Franz Dahlen, kaufmännischer Angestellter, Berlin.
8. Fritz Federt, Maurer, Berlin.
9. Wilhelm Florin, Metallarbeiter, Essen.
10. Fritz Schulte, Fabrikarbeiter, Düsseldorf.
11. Willi Kraus, Tischler, Vorsitzender des Kampfaußenbüros gegen das NSD-Verbot, Berlin.
12. Fritz Kukat, Hausfrau, Regerdorf.
13. Artur Bedert, Metallarbeiter, Kandidat der Jungarbeiter-schaft.
14. Paul Nohlmann, Schleifer, Betriebsrat bei Siemens, Berlin.
15. Ernst Puh, Landwirt, Sinnthalhof, Bad Brückenau, Rhdn.
16. Maria Hiers, Arbeiterin, Mansfeld.
17. Johannes Schröter, Elektromonteur, Berlin.
18. Wilhelm Nagel, Bergmann, Essen.
19. Dr. Fritz Löwenthal, Rechtsanwalt, Berlin.
20. Grete Mildenberg, Metallarbeiterin, Kandidatin der Jungarbeiter-schaft, Berlin.
21. Ditomar Geshle, Schlosser, Berlin.
22. Hans Volkmann, Chemiarbeiter, Leunabrüchel.
23. Edwin Harnle, Schriftsteller, Berlin.
24. Ernst Grube, Tischler, Vertreter der Kampfgemeinschaft für rote Sporteinheit, Berlin.
25. Olga Körner, Köchin, Dresden.
26. Ernst Gähler, Landwirt, Kirchen-Hausen, Baden.
27. Albert Junz, Bergarbeiter, Essen.
28. Martha Huben-Wolf, Metzgerin, Berlin.
29. Paul Walter, Dreher, Arbeiterratsvorsitzender der UG, Hennigsdorf, Berlin.
30. Konrad Strenny, Metallarbeiter, gemahregelter Betriebsrat, Hähnig, Düsseldorf.
31. Jakob Göbel, Bergarbeiter, Dortmund.
32. Willi Priezel, Maschinenschlosser, Vertreter der Kampf-gemeinschaft für rote Sporteinheit, Berlin.
33. Hanna Himmeler, Textilarbeiterin, Chemnitz.
34. Emil Pfaffrath, Tischler, ehemaliger Führer der roten Jungfront, Berlin.
35. Dr. Josef Herzfeld, Rechtsanwalt, Berlin.
36. Hermann Schulz, Häusler, Lehntin, Mecklenburg.
37. Willi Wille, Markthändler, Vertreter des Verbandes der Markthändler Deutschlands, Berlin.
38. Roman Chwalet, Eisenbahner, Oppeln.
39. Roberta Gropper, Tabakarbeiterin, Berlin.
40. Otto Stein, Gastwirt, Hamburg.
41. Barbara Eiler, Anlegerin, Essen.

44 Minister, Regierungsräte, Polizei-präsidenten als Spikentandidaten der KPD.

Die Kandidatenlisten der KPD in den verschiedensten Wahlkreisen liegen jetzt vor. „Wählt Liste 1, die Partei des arbeitenden Volkes!“, so werden diese Kandidaten in der sozialdemokratischen Presse den Wählern empfohlen.

Wie sieht es aus, was die KPD unter „arbeitendem Volk“ versteht? Nicht ein einziger Betriebsarbeiter, nicht ein einziger Angestellter, der noch berufstätig ist, befindet sich unter den Spikentandidaten der Sozialdemokratischen Partei. Aber dafür stehen auf den Listen:

- ein Ministerpräsident (Braun);
- ein Reichkanzler a. D. (Hermann Müller);
- sieben Reichsminister a. D. (Silsdorf, Wissell, Severing, Landsberg, Scheidemann, Eduard David und Gollmann);
- siebzehn Staatsminister im Dienst und a. D. (Fleischer, Herrmann, Nuhn, Stelling, Ströbel, Fröhlich, Rosenfeld, Brotemohl, Junke, Simon-Franke, Hoffmann-Kaiserslautern, Lipinski, Reil, Dr. Kemmle, Marum, Heinrich Schulz);
- ein Reichskommissar a. D. (Stücken);
- ein Gesandter a. D. (Silbebrand);
- ein Reichstagspräsident (Lohse);
- ein Ehrenbürger von Berlin (Geimann);
- drei Bürgermeister (Gente, Weims, Kröger);
- ein Kommandant von Berlin a. D. (Wels);
- ein Gouverneur von Berlin und Leiter des Oberkommandos in den Marken a. D. (Schöpfkin);
- ein Landesrat (Gerlach);
- ein Ministerialrat (Kirchmann);
- ein Beauftragter des preussischen Finanzministers a. D. (Geinig);
- ein Ministerialdirektor (Dr. Wade);
- ein Polizeipräsident (Eggerstedt);
- ein Regierungsrat a. D. (Kofmann);
- zwei Regierungspräsidenten (Schirmer und Schmidt-Meißner).

Ausdruck. Keine gutbezahlten Stützen der Ausbeuterordnung, sondern Vertreter der werktätigen Schichten in Stadt und Land — das ist das Gesicht der kommunistischen Liste 4!

Wer für die hochbezahlten Minister und Staatspensionäre ist, der wähle Sozialdemokraten.

Wer helfen will, das System der sozialfaschistischen Korruption zu zertrümmern und die Arbeitenden zu befreien, der kämpfe mit der KPD, der Stimme für Liste 4!

„Hochverräter“ Dombrowski spricht

Genosse Artur Dombrowski, der für kurze Zeit aus der Festung beurlaubt ist, spricht in Wahlversammlungen:

Strehlen am Sonnabend, den 6. September,
Langenbieleau am Sonntag, den 7. September,
Nimptsch am Montag, den 8. September,
Glogau am Dienstag, den 9. September,
Görlitz am Mittwoch, den 10. September (Eintreffen 18,10 Uhr),
Girsberg am Donnerstag, den 11. September (Eintreffen 18,30 Uhr),
Landeshut am Freitag, den 12. September,
Dreslau am Sonnabend, den 13. September.

Bluff: Preisabbau — Schwindel!

Artikel 48-Regierung hebt nicht mehr bestehende Preisbindungen auf

Das sind die Berufsparlamentarier, denen Politik ein Geschäft ist, wie anderen der Handel mit Steinföhlen oder mit alten Hosen. Die skrupellos das arbeitende Volk an das Young-Kapital verschachern. Deren Kleinbürgerseelen in Bonnehäusern erbebt, wenn die Bourgeoisie ihnen gestattet, Regierung zu spielen, Kriegerdenkmäler einzuräumen und unter die Gehele der Ausbeuter ihren Namen zu setzen.

Kein Wunder, wenn die demokratische „Frankfurter Zeitung“ in einem Leitartikel feststellt:

„Dass Sozialdemokratische Partei und Sozialismus schon längst nicht mehr als identische Begriffe angesehen werden können.“

Wenn die bürgerlichen Zeitungen auch sehr selten die Wahrheit sagen, hier ist es einmal wirklich geschehen. Die Partei der Minister, Staatspensionäre usw. hat mit Sozialismus aber auch nicht das geringste mehr zu tun. Nur eine Partei kämpft heute in Deutschland für die Befreiung aus dem kapitalistischen Joch, für den Sozialismus, das ist die kommunistische Partei.

Die Brüning-Regierung erließ am 3. September 1930 eine Ausführungsverordnung zur „Aufhebung von Preisbindungen“.

Danach dürfen a) für Waren anderer Art und Herkunft, b) für gewerbliche Leistungen durch bestehende Kartelle keine Preisbindungen mehr erfolgen. Für die von den Kartellen selbst gelieferten Waren bleiben sie natürlich erlaubt.

Es gab hauptsächlich zwei Kartelle, die nicht nur für die von ihnen, sondern auch für von irgend jemand anderem gelieferten Waren ihren Abnehmern (Händlern, Handwerkern) Preise vorschrieben.

Der Linoleumtrust z. B. schrieb nicht nur die Verkaufspreise von Linoleum vor, sondern auch die für Messinghülsen, Pappe usw., und ebenso die Preise, die die Handwerker für Anbringen, Verlegen, Reinigen und Bohren von Linoleum nehmen mußten. Wer die Vorschriften nicht einhielt, mußte gewärtig sein, daß ihm die Lieferung von Linoleum überhaupt gesperrt würde. Wieso kann die Regierung des Finanzkapitals überhaupt einen solchen Dreh machen, der ausreicht, als Lämpe für die Preis- (Profit-) Senkung?

Weil der Linoleumtrust diese Preisbindungen Ende August schon selber aufgehoben hatte!

Daselbe gilt für den zweiten Fall, auf den die Verordnung zutrifft. Selbst die offizielle Industrie- und Handelszeitung muß zugeben, daß es für diese Preisbindungen

„Nach der freiwilligen Aufhebung bei der Linoleumindustrie kaum noch praktische Beispiele geben dürfte.“ (4. 9. 1930.)

In beiden Fällen hat der Abschmangel diese Freigabe verursacht, die den Handwerkern erlaubt, sich gegenseitig mit den Preisen für das Verlegen zu drücken und dadurch für besseren Absatz der Syndikate zu sorgen!

Ein schöner „Preisabbau“-Schwindel der Regierung des Finanzkapitals — der die wirkliche Preisabbauaktion, die sich mit aller Schärfe gegen die Preise der Ware Arbeitskraft richtet, ein bißchen bedeckt.

Aber der Schleier ist zu dünn. Es werden also weitere Schwindelaktionen kommen!

Gegen den deutsch-polnischen Chauvinismus

Es lebe der revolutionäre Internationalismus

Proklamation an die Werktätigen in Deutsch- und Polnisch-Oberschlesien

In Rattowitz, in Polnisch-Oberschlesien, haben chauvinistische Rundgebungen des Westmarkenvereins klagelautend, die als Antwort auf die chauvinistische Rede des deutschen Reichsministers Treviranus durchgeföhrt wurden. Die kommunistische Partei Deutsch- und Polnisch-Oberschlesiens als Teile der kommunistischen Weltpartei des revolutionären Proletariats wendet sich mit der Darlegung ihrer vom revolutionären Internationalismus diktierten Stellungnahme zu diesen Vorgängen an das Proletariat von Deutsch- und Polnisch-Oberschlesien.

Die in den letzten Tagen eingelegte chauvinistische imperialistische Seite diesseits und jenseits der Grenze, in Deutschland die Kriegsbredens des Ministers Treviranus, in Polen die Reden Korczakows und des Wojewoden Gracinski, die nationalpolitischen Programme in Lodz und die Rundgebungen des Westmarkenvereins in Rattowitz stehen im engsten Zusammenhang mit der Verschärfung der Krise des kapitalistischen Systems in Deutschland und Polen, und mit den Kriegsvorbereitungen der Imperialisten gegen die Sowjetunion.

Die Bourgeoisie aller Länder steht in der Niederwerfung der Macht der Arbeiter und Bauern in der Sowjetunion die entscheidende Voraussetzung für die Überwindung der Krise des Kapitalismus. Mit dem zunehmenden Zerfall des kapitalistischen Polens, des Vollaufs des Imperialismus gegen die Sowjetunion, wächst die Bedeutung des imperialistischen Deutschlands als Rückendeckung und Kriegszentrum gegen Sowjetrußland. Die kriegerischen Reden Treviranus' unter ausschließlicher Berufung auf das im Völkervertrag festgelegte Durchmarschrecht bedeutet nichts anderes, als die Forderung nach Erfüllung bestimmter imperialistischer Ansprüche Deutschlands (Rückgabe des Korridor usw.) als Preis für die endgültige Eingliederung Deutschlands in die Antisowjetfront. So zeigt sich die chauvinistische Kriegsbrede als ein Mandat des neudeutschen Imperialismus zur Eingliederung Deutschlands in die Antisowjetfront.

In den deutschen Ostprovinzen ist die Not und das Elend noch größer als irgendwo im Reich. Infolge Arbeitslosigkeit, Lohnabbau und Steuerdruck ist die Kaufkraft der breiten, werktätigen Massen ungeheuer gesunken und der wertvolle Mittelstand in den Ruin gestochen worden. Die Agrartrife wütet am härtesten in den agrarischen Ostprovinzen und vernichtet die kleine Landwirtschaft und das wertvolle Bauerntum, während die Großagrarier und Rittergutsbesitzer infolge der unehrerlichen Zollpolitik der Brüning-Regierung ihre Profite steigern und darüber hinaus mit Millionenabventionen aus der Döhrle befreit werden. Angesichts der ungeheuren Notlage in den

Ostprovinzen wittert die Bourgeoisie ernste „nationale Gefahren“ in den Grenzgebieten und versucht, diese Gefahren zu bannen und von dem Elend im Grenzland abzulenken, indem sie durch Kriegsbredens nationalistischer Minister eine Stimmung des Chauvinismus und des Krieges in den Grenzgebieten zu erzeugen versucht.

Nicht anders liegen die Verhältnisse in Polen. Die inneren Widersprüche des kapitalistischen Systems und die Miswirtschaft des polnischen Kapitalismus haben das kapitalistische Polen nicht nur in eine Wirtschaftskrise, sondern in eine Wirtschaftskatastrophe und an den Rand des wirtschaftlichen und politischen Zusammenbruchs gebracht. Ungeheure Arbeitslosigkeit, Steuererhöhung, steigende Kaufkraft haben schon jetzt die gesamten werktätigen Massen Polens in drückendste Not und tiefste Verelendung gestochen. Stärker als in jedem anderen kapitalistischen Lande wütet in Polen die kapitalistische Agrartrife, enteignet und ruiniert die schaffenden Bauern und treibt sie zu Tausenden von ihrer Scholle.

Die polnische Bourgeoisie versucht mit Hilfe der faschistischen Diktatur, mit den Mitteln der brutalen Unterdrückung und des blutigen Terrors der Schwierigkeiten Herr zu werden und den drohenden Zusammenbruch hinauszuschieben. Die wirtschaftliche Krise des polnischen Kapitalismus ist jedoch bereits schon in eine immer offenere Krise der faschistischen Diktatur übergegangen. Immer drohender wird für die polnische Bourgeoisie die Gefahr breiter revolutionärer Massenbewegungen gegen ihre Herrschaft.

Indem die polnischen Chauvinisten auf die Kriegsbredens Treviranus' mit einer chauvinistischen Propaganda gegen Deutschland antworten, versuchen sie ebenfalls, die verelendeten Massen von der Organisierung des revolutionären Kampfes abzuhalten und sie in einen Taumel chauvinistischer Kriegsstimmung zu versetzen.

Die Rundgebung des Westmarkenvereins in Rattowitz hat unter anderem die Ausweisung der in Polen beschäftigten reichsdeutschen Arbeiter gefordert. In Deutsch-Oberschlesien fordern Sozialdemokraten und christliche Gewerkschaften, und sogar die polnische Berufsvereinsigung, die Entlassung der polnischen Arbeiter; in Polnisch-Oberschlesien fordern polnische Nationalisten die Ausweisung der deutschen Arbeiter. Diese arbeiterverräterische Forderung wird diesseits und jenseits der Grenze von den Handlangern der Kapitalisten nicht nur zum Zwecke der nationalistischen Verhöhnung erhoben, sondern gleichzeitig auch, um dem deutschen und polnischen Kapitalismus die Überwindung der Krise auf Kosten der Arbeiter zu erleichtern.

Wir, die Kommunisten von Deutsch- und Polnisch-Oberschlesien, fordern die Werktätigen beider Oberschlesien zum Widerstand gegen die chauvinistische Verhöhnung diesseits und jenseits der Grenze auf. Gegenüber der chauvinistischen Verhöhnung durch die Kriegsbredens und Agenten der Bourgeoisie proklamieren wir die Verbrüderung der deutschen und polnischen Arbeiter zum Kampf gegen den deutschen und polnischen Kapitalismus und zur Verteidigung der Sowjetunion. So wie wir deutsche Kommunisten gegen die Entlassung polnischer Arbeiter in Deutsch-Oberschlesien gekämpft haben, so kämpfen wir polnische Kommunisten gegen die Repressalien gegenüber deutschen Arbeitern in Polnisch-Oberschlesien. Wir deutsche Kommunisten kämpfen gegen die deutsche Bourgeoisie und ihre Treviranus' — so wie wir polnische Kommunisten gegen die polnische Bourgeoisie, gegen Pilsudski und sein Regime, kämpfen.

Oberschlesien wird im imperialistischen Krieg gegen die Sowjetunion eines der wichtigsten Aufmarsch- und Durchmarschgebiete sein und soll gleichzeitig die bedeutendste Kriegsmittel- und Waffenwerkstatt der imperialistischen Armeen sein. Wir deutschen und polnischen Kommunisten in Oberschlesien werden dafür sorgen, daß Oberschlesien zu einem Hort der Verteidigung des Vaterlandes aller Werktätigen und der Umwandlung des imperialistischen Krieges gegen die Sowjetunion in den Bürgerkrieg gegen die deutsche und polnische Bourgeoisie wird.

Die Kommunisten erkennen keine gemaltsame Angliederung eines Volksteiles an andere nationale Staatsgebilde, die gegen den Willen der werktätigen Massen und der wirklichen Mehrheit des Volkes erfolgt ist, an, und führen den Kampf für das Selbstbestimmungsrecht beider Oberschlesien. Wir erklären jedoch, daß die Wiedervereinigung Oberschlesiens nur möglich ist durch den Sturz der Herrschaft des Kapitalismus in Deutschland und in Polen. Erst wenn in Deutschland und Polen die Macht der Bourgeoisie beseitigt und die Macht der Arbeiter und Bauern in Sowjetdeutschland und Sowjetpolen errichtet ist, kann auch für Oberschlesien die nationale Frage auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker gelöst werden.

Ueber die durch die Imperialisten gezogenen Grenzen hinweg organisieren wir die Einheitsfront der deutschen und polnischen Arbeiterklasse zum Kampf gegen den deutschen und polnischen Kapitalismus, für die Verteidigung der Sowjetunion, für Sowjetobererschlesien, in Sowjetdeutschland und Sowjetpolen.

R.P.D. Bezirksleitung Oberschlesien. R.P.D. Bezirk Oberschlesien.

SPD.-Antibolschewisten lügen faustdicke

Es gibt nur eine Partei, die gegen alle Faschisten kämpft, das ist die SPD.

Es steht verzeuflert schlecht um die Allien Schwarz-Rot-Gold. Auch der Schuh, den „General“ Hörsing, der Abwürger des mitteldeutschen Proletariats, durch die Kommandierung seiner Schutzbund den IG-Farben, das heißt der Giftgaspartei, angebeißten ließ, konnte sie nicht haben. Die Allien der IG haben zwar dadurch gewonnen, aber die Ausfühler auf die Gewinnung von 100 Mandaten bei der Breslauer SPD sind dadurch weiter um ein Beträchtliches gesunken. Massen und reformistische Massenrechte haben es zwar fertig gebracht, diese Proletariatsparteien mit Giftgasen der Verhöhnung zu beehren, aber die Tatsache können auch sie nicht herunterwürgen, daß sie ausgewaschen Giftgasbesitzer und Giftgasdirektoren mit 600 000 Mark Gehalt schämen sollen. Was bleibt da den Hörsing-Genossen übrig als mit den übelsten Verleumdungsmethoden zu versuchen, den Bankrott aufzuhalten.

Zu den beliebtesten Mitteln hat in solchen Fällen immer schon die verlogene Behauptung gehört, daß Galenkrenz und Sowjetkern dasselbe ist. Die Finger haben sich recht und „linke“ sozialdemokratische Intendanten schon über diese läge wundgeschrieen, ohne dabei allerdings unjeneren Ausstieg zu verhindern. Es wird es auch diesmal gehen. Diesmal handelt es sich um eine Diskussion, die vom links abgeheilten „Berlin am Morgen“ über „Demokratie, Faschismus und Sozialismus“ eingeleitet worden

ist. Die Redaktion der vorgenannten Zeitung hat an eine Reihe Kommunisten, Parteiloze, Demokraten, Sozialisten und Nationalsozialisten die Aufforderung gerichtet, an „Berlin am Morgen“ darüber Artikel zu schreiben. Daraus macht nun die SPD-Bresse auch in Schlesien und Oberschlesien eine Wahlbombe zurecht, die sie mit der bekannten Marke versehen:

Bündnis zwischen Sowjetkern und Galenkrenz.

Mit der Aufwärmung dieser alten Schwindelparole wollen sie ihre eigene nie unterbrochene Verbundenheit mit den Reaktionen aller Schattierungen, angefangen bei der Giftgaspartei über die Stresemänner bis zu den Finsterlingen Romz, vertuschen. Aber das wird nicht gelingen, auch nicht mit der Unterbreitung dieses Schwindels durch einen neuen „Schlager“, den gestern die „Dreiwacht“ in Breslau (die anderen Dreiwächter der SPD werden sicher folgen) unter der Überschrift verbreitet: „Der Führer der SPD als nationalsozialistischer Heher.“ Darin wird versucht, dem von der SPD so gehalten Heinz Neumann ein auszuweichen, indem ein alter Schwindel aus dem Jahre 1924 aufgewärmt wird. Danach soll Heinz Neumann damals versucht haben, eine Einheitsfront der SPD mit nationalsozialistischen Offizieren herzustellen. Daß davon nicht die Rede sein kann, versteht sich von selbst.

Die kommunistische Partei hat vom Tage ihres Bestehens noch nicht eine Stunde aufgehört, dem Nationalismus und Faschismus unversöhnlich gegenüberzutreten. Der Weg, den unsere Partei bei der Gründung an gegangen ist, ist besät mit unzähligen Opfern im Kampfe gegen den Nationalismus. Sie hat auch diesen Boden nicht um eines Soares Breite verlassen durch die bekannte Proklamation des Zentralkomitees, obwohl bekanntlich auch diese ausgeführt worden ist, von einer Einheitsfront von Thälmann bis Hitler zu schwindeln.

Was insbesondere die Diskussion im „Berlin am Morgen“ betrifft, so hat selbstverständlich die Partei damit gar nichts zu tun. Die SPD wird weiter wie bisher durch Taten beweisen, daß der Faschismus nur einen Feind hat, das sind die Kommunisten. Sie werden sich auch durch den Jörglede-Faschismus in diesem Kampf nicht hemmen lassen, sondern auch ihn genau so bekämpfen, bis er gelungen sein wird, sowohl dem National- als auch dem Sozialfaschismus zu vernichten.

Stegerwald heht zum Mord

Unter den Ministern, die im Wahlkampf für den Hindenburg-Brüning-Blod Propaganda machen, ist Herr Stegerwald derjenige, der als Lohndrücker den Arbeitern am verhasstesten ist. Dennoch wagt er es in Wien, sich den Arbeitern zu präsentieren. Der Mann des Deynhauser Schießspruches wurde mit einem Pfeilstock begrüßt, worauf Stegerwald die Polizei beauftragte, die Genossen Schirrmacher, Kandidatin zum Reichstag, verhaften zu lassen. Sein Ziel erreichte Stegerwald damit zwar nicht, denn als er über die weitere Drangsalung der Ausgaben für öffentliche Wohlfahrt, Erwerbslosen- und Sozialversicherung sich aussprach, gab es minutenlange Enttäuschungsrufe. Stegerwald ging sogar so weit, die Wirtschaft mit einer Kuh zu vergleichen, die der Arbeiter nur allein melken wolle. Auf Zwischenrufe gegen Stegerwalds Ausführungen für die Vergrößerung der Reichswehr erwiderte er:

„Mit Kommunisten diskutiere ich nicht über Wehrfähigkeit.“

Als Arbeiter ihm erregt erwiderten, daß sie im Schützengraben genug und wehrfähig für die Kapitalisten waren, antwortete Stegerwald:

„Für Sie wäre es besser gewesen, wenn Sie im Schützengraben geblieben wären.“

Angesichts dieser den wahren Charakter Stegerwalds kennzeichnenden Mordebe bemächtigte sich der Versammlung eine unbeschreibliche Empörung. Selbst bisher treue Zentrumsarbeiter stimmten in der Orkan von Pfurufen ein. Parteiloze Arbeiter brandmarkten die Lohn- und Steuerpolitik des Zentrums und die Mordebe Stegerwalds.

Wenn es noch eines Beweises bedurfte, um zu zeigen, wie das Zentrum, mit dem in Baden, in Preußen die SPD noch in Koalition sich befindet, hinter der christlichen Maske den übelsten Arbeitermord propagiert, so haben Stegerwalds Ausführungen diesen Beweis erbracht. Blut und Eisen sind das Rezept zur Aufrechterhaltung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, zu dem das Zentrum seinen christlichen Segen gibt.

Ein Nazimörder verhaftet

In Köln ist gestern der oberste Führer der Kölner Schutzstaffel der Nazis unter bringendem Mordverdacht verhaftet worden. Dieser Verbrecher hat in der Nacht zum Donnerstag den Bruder eines Arbeiters, der ebenfalls vor einigen Wochen von den Nazis erschossen worden war, erschossen.

Jetzt Händegeschüttel — dann Gummiknütel

Von Kasimir Sublimier

Minister gondeln durch das Land
Und schnarren was vom Vaterland,
Daß wild die Phrasen fliegen
Und sich die Balken biegen.

Herr Treviranus, Seekadett,
Brükiert vorlaut das Kabinett
Der Brüning-Frontsoldaten
Durch seine Redetaten.

Wirth ruft nicht mehr: der Feind steht rechts!
Mit nationalem Young-Gebrächz
Glänzt er in Heldenpose
Als fixer Wirthuose.

Der Dietrich, bied'rer Demokrat,
Würgt jetzt am Staatspartei-Salat
Er gurrt, als Jungfer-Tauber
Von J. G. Farben-Zauber.

Und dann der Herr Regierungschef,
Der Zentrums-Brüning, macht Gekläff
Nach Ziffer 48
Und hofft, daß es rentiert sich.

Prolet, was sollen dir die Phrasen,
Die sie dir in die Ohren blasen?
Was soll der Parlamentsspek dir?
Wähl' Kommunisten! Liste 4!



Brüning



Wirth



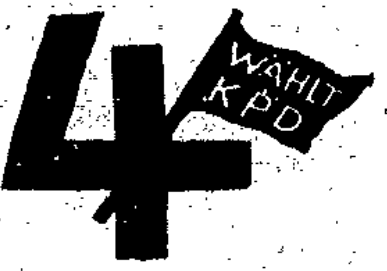
Treviranus



Dietrich

SPD.-Arbeiter und Reichsbanner-Proleten verlassen die Partei des Verrats

Die Wahlbroschüren der KPD. sind
Waffen im Wahlkampf!
Kein Genosse und kein roter Wahl-
heifer ohne unsere Broschüren



SPD.- und Reichsbannerarbeiter!

Wir unterzeichneten ehemaligen Mitglieder der SPD. und des Reichsbanners haben jetzt den Trennungsstrich zwischen uns und der SPD. und dem Reichsbanner vollzogen.

Warum?

Die Koalitionspolitik der SPD. mit den bürgerlichen Parteien hat uns schon jahrelang verbittert, weil wir sehen konnten, wie unsere Parteiführer durch das Paktieren mit den Parteien des Schwerekapitals die Interessen der Arbeiterschaft mit Füßen traten. Um in der Regierung bleiben zu können und dadurch die einträglichen Beamtenposten unseren Führern zu erhalten, hat man nicht nur den Kampf um die Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiterklasse aufgegeben, sondern hat jeder Verschlechterung zugestimmt. Nach fast 12 Jahren Republik und sozialdemokratischer Regierungspolitik haben wir heute den Zustand, daß sich die breiten Massen des Proletariats in einer ungeheuren Notlage befinden.

Die SPD.-Reichstagsfraktion hat allen Verschlechterungen in der Sozialversicherung zugestimmt. Die Lage der Erwerbslosen ist dadurch geradezu katastrophal geworden. In der Vorkriegszeit hat die SPD. gegen die Zollerhöhungen einen Kampf geführt, während der 21 Monate Hermann-Müller-Regierung hat man den Zöllen zugestimmt. Die SPD.-Minister haben dem Panzerkreuzerbau zugestimmt und die Kinderspeisung abgelehnt. Die preußische Landtagsfraktion der SPD. hat dem schändlichen Konkordat mit der katholischen Kirche zugestimmt. Das sind nur einige Tatsachen.

Die Wahlversprechungen der SPD. wurden nicht durchgeführt

Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokraten haben dem Lohnabbau in den Betrieben zugestimmt. Aus den Klassenkampf-Gewerkschaften hat man Hilfsorgane für die Durchsetzung der Raubpläne des Kapitals gemacht. Die Gewerkschaftskollegen, die gegen diese schändliche Politik aufgetreten sind, wurden zum großen Teil gemäßigert. Die Ausschlüsse und die von den Gewerkschaftsbürokraten durchgeführten Spaltungen in der Gewerkschaftsbewegung hatten und haben den Zweck, der Gewerkschaftsbewegung den Klassenkampfcharakter zu nehmen.

Sozialdemokratische Angestellte auf den Arbeitsplätzen schikanieren die Erwerbslosen.

Die sozialdemokratischen Kommunalvertreter haben in unzähligen Fällen die Forderungen der Arbeiter, insbesondere der Erwerbslosen, abgelehnt.

SPD.-Polizeipräsidenten, Regierungsvertreter und Landräte

Schützen die faschistischen Hakenkreuzbanditen, knüppeln und schießen demonstrierende Arbeiter nieder. Ueberall im Reiche treten so die sozialfaschistischen Staatsfunktionäre auf. Gerade die letzten Vorgänge in Schlesien, der Arbeitermord in Bunzlau auf Befehl des SPD.-Landrats Köhne, die Niederknüppelung der gegen den Faschismus demonstrierenden Arbeiter in Haynau, Freiburg, Liegnitz, Striegau und in anderen Orten Schlesiens haben sehr deutlich gezeigt, daß auch durch die SPD.-Führung dem Hakenkreuzfaschismus der Weg bereitet wird.

Gerade die letzten Vorfälle haben uns veranlaßt, den Bruch mit der SPD. und dem Reichsbanner zu vollziehen und zur kommunistischen Partei uns zu bekennen. Die Treue zu der einstmals stolzen Arbeiterpartei der SPD. hat es vermocht, daß wir jahrelang, trotzdem wir verbittert waren auf die SPD.-Politik, doch noch in den

Reihen der SPD. und des Reichsbanners verblieben. Die Zeitungsmeldungen der SPD. und die Reden unserer Führer gegen die KPD. haben uns abgehalten, schon eher zur KPD. überzutreten. Heute haben wir erkannt, daß die SPD.-Führer, sowohl die rechten wie die linken, ausgesprochene Arbeiterverräter sind, daß die Zeitungsartikel und Reden gegen die KPD. eine ganz üble Verleumdung darstellen.

Hier zur roten Klassenfront! Tretet ein in die KPD. Wählt Liste 4, Kommunisten!

Alois Wisniewski, Maschinist, Gemeindevert. in Schlüsselndorf, Krs. Brieg. Arthur Woidt, Bez.-Leiter des Deutsch. Landarbeiterv. Bunzlau. Otto Galle, ehem. Kameradschaftsführer d. Reichsbanners, Guhrau, Bleiche Nr. 8. Wilhelm Drescher, Bunzlau. Helmuth Hoffmann, Bunzlau. Paus Kühn, Bunzlau. Richard Waiger, Bunzlau. Edmund Kruschinsky, Breslau, Mohnhauptstr. 26. Paul Glaubitz, Oberleutmannsdorf. Richard Innerusky, Oberleutmannsdorf. Richard Schmelzer, Oberleutmannsdorf. Hermann Ende, Oberleutmannsdorf.

Eine SPD.-Versammlung für Liste 4

Trotz des beispiellosen Verrats, dessen sich die SPD. gerade gegenüber den Erwerbslosen schuldig gemacht hat, besitzt sie immer noch die Stirn, auch bei ihnen auf den Stimmenfang auszugehen. So hatte die SPD. für Breslau am Freitag auch eine Erwerbslosenversamm-

lung nach dem „Kipke-Ausschank“ einberufen. Der Saal war überfüllt. Aber der Verlauf der Versammlung war ein anderer, als es sich die Einberufer träumen ließen. Der SPD.-Referent, ein gewisser „Genosse“ Bretthorst, behandelte die Frage ausschließlich von dem Gesichtspunkt aus, als wenn alle Not und alles Elend der Erwerbslosen auf das Konto der bürgerlichen Parteien zu setzen sein. In der Diskussion sprach Genosse Brodde für die KPD. Unter stürmischer Zustimmung der Versammelten wurde einstimmig folgende Entschließung angenommen:

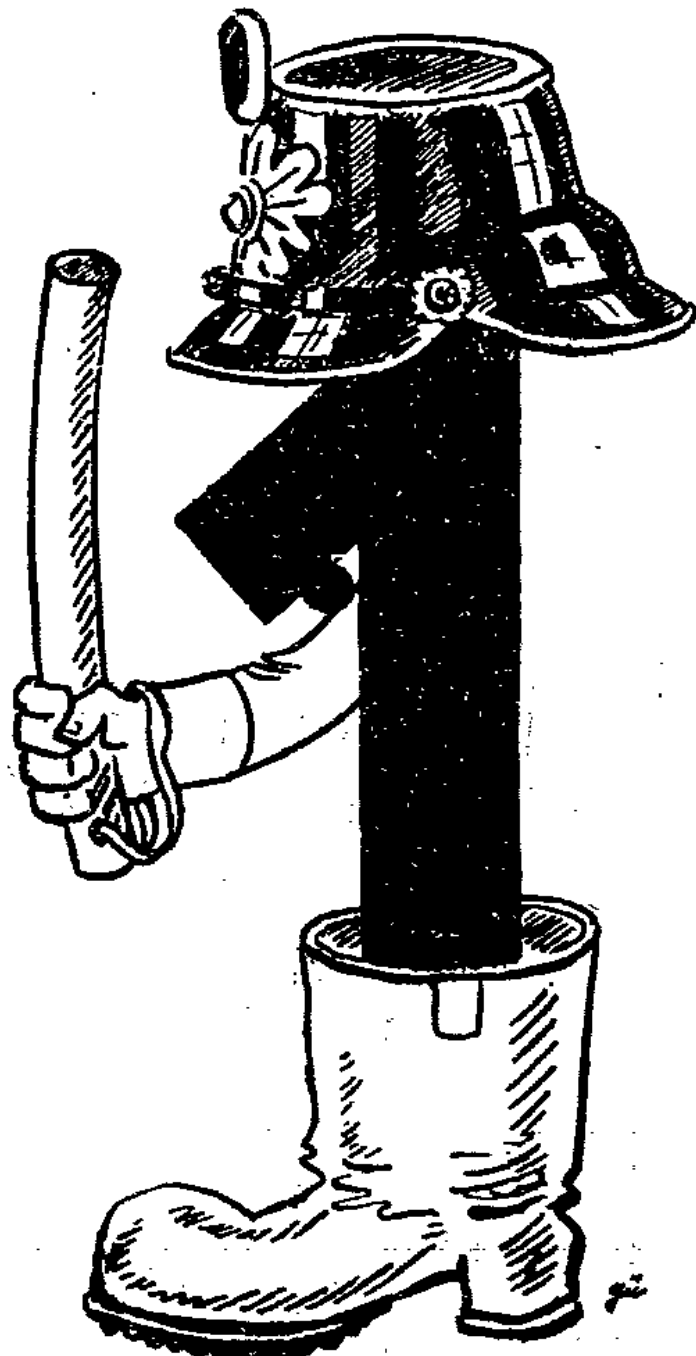
„Die am Donnerstag, dem 4. September 1930, von der SPD. in dem „Kipke-Ausschank“, Breslau, Lange Gasse 66, einberufene öffentliche Erwerbslosenversammlung stellt einmütig fest, daß die SPD. es verwirkt hat, sich Vertreterin der Arbeiterschaft, insbesondere der Arbeitslosen, zu nennen. Die bisherige Tätigkeit sozialdemokratischer Minister und anderer Staatsfunktionäre, die Zustimmung der SPD.-Reichstagsfraktion zu den verbrecherischen Unterstützungs-Abbaugesetzen, die den Schanderlaß der Brüning-Regierung vorbereitet haben, der Blutterror, der von sozialfaschistischen Ministern und Polizeipräsidenten geführten Polizei gegen die Arbeitslosen, der Bruch aller vor früheren Wahlen von der SPD. gegebenen Versprechungen zeigen deutlich, daß die SPD. eine arbeiterfeindliche Politik betrieben hat und noch betreibt, die u. a. auch dem faschistischen Mordgesindel den Weg bereitet hat.“

Die Anwesenden sehen nur in der kommunistischen Partei ihre Partei, die bisher als einzige Partei die Interessen der Werktätigen, insbesondere der Erwerbslosen, vertreten hat, und fordern alle ihre arbeitslosen Kollegen und die gesamten Werktätigen auf

am 14. September für die KPD.

Liste 4

für die Partei Lenins, zu stimmen



Liste Zörgelbel-Löbe-Köhne

Breitscheid

Fraktionsvorsitzender der SPD.

Schrieb am 7. 12. 1919 als USP.-Mann in der „Freiheit“ über die SPD.

Wer wählt Verbrecher?

„Nur in Deutschland, dem Lande der angeblich vollendeten Demokratie, scheinen Männer am Ruder bleiben zu können, die den Schild über die fürchterlichsten Verbrechen halten und Führer, von denen sich überall in der Welt jede Partei mit Abscheu wenden würde, können bei uns an der Spitze der Sozialdemokratie stehen.“

Daß Breitscheid die Wahrheit geschrieben hat, beweisen die unten aufgeführten Tatsachen. Heute gehört Breitscheid selbst zu den Verbrechern.

Wer keine Verbrecher wählen will, wählt Liste 4

SPD. für den Schutz des Kapitals

Die Breslauer „Volkswacht“ Organ der SPD., schreibt am 19. 8. 30: „Die Staatspartei unter Kapitalkommando“ und stellt fest, die Staatspartei wird und muß der Sklave dieses Unternehmers sein, weil sie sonst nicht leben kann. Löbe stellt in der Kundgebung am 31. 8. 30 im Zirkus Busch fest, daß der mit der Staatspartei verschmolzene Jungdo eine ausgesprochene Schutzgarde des Geldsacks ist.

Die Zeitung des Schwerekapitals, die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, hat also vollkommen recht, wenn sie am 2. September 1930 schreibt:

Vielleicht vollzieht sich die Hinwendung der Sozialdemokratie, auch ihres sogenannten linken Flügels, zum bürgerlich-kapitalistischen Staat schneller, als es heute, trotz der großen Verdienste einzelner Sozialistenführer um den Kapitalismus, den Anschein hat.

Also selbst die Kapitalisten erkennen an, daß sozialdemokratische Führer große Verdienste um die Erhaltung des Kapitalismus haben.

Der sozialdemokratische Bundesführer des Reichsbanners, Hörning, erläßt eine Aufforderung, daß das Reichsbanner den Versammlungsschutz für die Staatspartei auf Wunsch übernehmen wird. Die Reichsbannerproleten sollen also selbst nach sozialdemokratischem Eingeständnis ausgesprochen kapitalistische Partei schützen.

die Großagrarier sowohl im Reichstag wie im Grenzausschuß des Preussischen Landtages bekämpft.

vinzen, der von der KPD gestellt war, ab und stimmte in einer Entschliebung zusammen mit den Deutschen nationalen, dem Ostprogramm der Brüning-Regierung zu und erklärten sich damit ausdrücklich für die Liebesgaben an die Großagrarier.

SPD. gegen die Besteuerung der Kapitalisten

Die kommunistische Reichstagsfraktion brachte einen Antrag ein, der eine Sonderbesteuerung der Millionäre, der Dividenden, Aufsichtsräte und großen Einkommen verlangte.

Die SPD.-Reichstagsfraktion stimmte geschlossen gegen eine Sonderbesteuerung der Kapitalisten, sie stimmte aber für die Aufhebung der Kapitalertragsteuer, trat also dafür ein, daß die Kapitalisten noch von den wenigen Steuern, die sie bezahlen, entlastet werden.

SPD. und Raub an den Kranken

In einem Flugblatt der SPD., welches am vorigen Sonntag verbreitet wurde, wird berichtet, daß in Kamenz Eltern für zwei an Diphtheritis schwer erkrankte Kinder keinen Krankenschein bekommen konnten, weil sie die 50 Pfennig nicht hatten. Dazu heißt es dann im Flugblatt:

Mutter, ich erstickte! — So keuchten atembeschwert die beiden Kinder. Die Eltern sind zwar in der Krankenkasse. In Kamenz gibt es Ärzte genug. Die Wissenschaft hat ein Diphtherie-Serum geschaffen. Aber was jützen Krankenkassen, Ärzte und Serum, wenn im Haushalte des Arbeiters die 50 Pfennig fehlen. In höchster Not behandelte der Arzt die todkranken Kinder ohne Krankenschein. In diese Lage hat der Zentrums-Arbeitsminister Stegerwald die deutsche Arbeiterschaft gebracht.

Wissell, der Wegbereiter!

Am 11. November 29 ist in einer Konferenz unter Leitung des Ministerialdirektors Dr. Grieser vertraulich (durch Indiskretion ist die Sache doch herausgekommen) der folgende Entwurf aus dem Ministerium Wissell verhandelt worden, aus dem wir die wichtigsten Bestimmungen wiedergeben:

Krankengeld wird für die ersten drei Tage der Arbeitsunfähigkeit nicht gewährt. Eine Ausnahme ist nur bei Betriebsunfällen zulässig.

Das Krankengeld wird für Arbeitstage, nicht für Kalendertage gewährt.

Für die Ausstellung des Krankenscheines ist eine Gebühr zu entrichten.

Der Anspruch auf Krankengeld und Hausgeld ruht, soweit der Versicherte Anspruch auf Arbeitsentgelt hat (Angestellte).

Der Verrat der SPD. an den Erwerbslosen!

Trotz des Verrats an den Erwerbslosen spielt sich die SPD. immer noch als Freund der Erwerbslosen auf, — so lautete vor kurzem die Überschrift eines Artikels in der sozialdemokratischen Zeitung in Breslau, der „Volkswacht“: Die SPD. führt den Wahlkampf für die Erwerbslosen und gegen die Sozialreaktion. In unzähligen Wahlflugblättern versucht man außerdem den Erwerbslosen klarzumachen, daß die SPD. ihre Interessen vertritt.

Anfang Februar stellte die Reichstagsfraktion der SPD. einen Antrag (Drucksache 776 des Reichstages), der bei seiner Annahme eine Verbesserung der Lebenshaltung der Erwerbslosen bedeutete hätte. Am 8. Februar 1929 stimmt die gesamte SPD.-Reichstagsfraktion in namentlicher Abstimmung gegen ihren eigenen Antrag, den sie wenige Tage vorher selbst gestellt hatte, weil das Zentrum aus demagogischen Gründen erklärte, daß die Zentrumsabgeordneten ebenfalls für diesen Antrag stimmen werden. Als also die Annahme des SPD.-Antrages in Aussicht stand, stimmte diese Partei ihre eigenen Anträge nieder.

SPD. für Liebesgaben an die Großagrarier

Die Breslauer „Volkswacht“, die Zeitung der SPD., schrieb am 11. 8. 30: Das Ostprogramm enthält nicht das, was wir für notwendig halten, sondern nur Liebesgaben an den Großgrundbesitz. Die Kommunisten sind der gleichen Auffassung und haben deshalb diese Osthilfe für

Die Breslauer SPD.-Landtagsabgeordneten Dr. Hamburger und Winzer sowie alle anderen SPD.-Mitglieder im Grenzausschuß des Preussischen Landtages lehnten den Antrag auf Durchführung von Hilfsmaßnahmen für die werktätige Bevölkerung der Ostpro-

SPD. für Militär- und Finanzdiktatur!

Die gesamte SPD.-Presse wendet sich jetzt gegen die Anwendung des Artikels 48, also des Ausnahmeparagraphen der Reichsverfassung, und erklärt, daß sie für die Verteidigung der Demokratie und damit für die Erhaltung des Beschlußrechtes der Parlamente sei.

Der frühere sozialdemokratische Reichspräsident Ebert hat selbst 138 mal den Artikel 48 angewandt. Der frühere sozialdemokratische Reichskanzler Müller ist noch kurz vor dem Herauswurf der SPD. aus der Reichsregierung zu Hindenburg gelaufen, um selbst die Vollmacht für die Anwendung des Artikels 48 zu erhalten. Selbst der linke Sozialdemokrat Kaminsky schreibt im „Sächsischen Volksblatt“ vom 6. 4. 30, daß diese Haltung Hermann Müllers, der ärgste Sündenfall gewesen sei, das jemals ein Sozialdemokrat begehrt hat.

SPD. als Wegbereiter und Schützer des Faschismus

In allen Versammlungen der SPD., in ihren Flugblättern und Zeitungen wettet sie jetzt gegen die Hakenkreuzler

Es war der sozialdemokratische Landrat Köhne in Bunzlau, der zum Schutze der Hakenkreuzler Arbeiter niederschießen ließ. Es war der SPD.-Polizeipräsident Wendt von Waldenburg, der in Freiburg gegen den Faschismus demonstrierende Arbeiter niederknütteln ließ.

Die SPD.-Presse wie sie lügt!

Die „Liegnitzer Volkszeitung“ der SPD. schrieb über die Bunzlauer Vorgänge, daß „unlautere Elemente“ die Polizei angegriffen haben und daß die Polizei in Notwehr gewesen sei, als sie Arbeiter niederschob.

Der Bunzlauer SPD.-Führer Hartmann mußte selbst unter dem Druck der Arbeiterschaft zugeben, daß die Polizei unter dem Kommando des sozialdemokratischen Landrats den Zusammenstoß, bei dem dann Arbeiterblut geflossen ist, provoziert hat.

Die gesamte SPD.-Presse brachte eine „Erklärung“, daß der Landarbeiter Woidt, der Bezirksleiter des DLV. ist, nicht aus der SPD. ausgetreten sei, daß die entsprechende Meldung der Kommunisten absolut falsch sei.

Der Bezirksleiter des Landarbeiterverbandes, Genosse Woidt, gab eine Erklärung ab, die er selbst handschriftlich verfertigte, daß die in der SPD.-Presse abgedruckte Erklärung ein gemeiner Schwindel sei. Umseitig ist der Kopf des vom Genossen Woidt selbst zerrissenen SPD.-Mitgliedbuchs zu sehen.

Die Breslauer „Volkswacht“ erklärte die Meldung der Kommunisten über die Lohnabbaumaßnahmen des SPD.-Stadtrats Schramm für falsch.

Auf 6 ganz konkrete Fragen der „Arbeiter-Zeitung“ hat, trotz wiederholter Aufforderung, die SPD.-Presse keine Antwort gegeben und sie muß dadurch selbst eingestehen, daß sie die Arbeiterschaft belügt.

Diese Tatsachen beweisen: Die SPD. ist die Partei des Arbeiterverrats. Kämpft mit uns gegen Ausbeutung. Für Brot und Freiheit. **Wählt die Partei Lenins — die**

Liste 4

Niederschlesien

Gegen den SPD.-Schwindel über die Amnestie

Sie lügen wie die Teufel
und schwindeln aus Prinzip!

Unter dieser Überschrift verbreitete die Sozialdemokratische Partei vor den Wahlen 1929 ein von Hugo Eberle, Gdrlitz (Druck der Arbeiterdruckerei Gdrlitz) gegen die Kommunisten herausgegebenes Flugblatt, in dem es u. a. heißt:

„Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ist bis zur letzten Stunde für die Amnestierung der kommunistischen Opfer eingetreten, sie wird auch im neuen Reichstag dafür eintreten.“

Die Sozialdemokratie lehnte die Amnestie ab!

Im letzten Reichstag aber zeigte es sich, daß es sich hier nur um eine der vielen unverantwortlichen Wahlversprechungen der sozialdemokratischen Führer, wie bei dem Bau des Panzerkreuzers sowie bei den Kinderheisungen gehandelt hat. Der Antrag der kommunistischen Fraktion, die proletarischen politischen Gefangenen freizulassen, wurde

in Einheitsfront von SPD. mit den bürgerlichen Parteien abgelehnt. In ihrem unauflöschlichen Haß gegen die revolutionären Arbeiter lehnten die Sozialdemokraten auch einen weiteren Antrag ab, der den lange Jahre im Zuchthaus sitzenden Proletariern die Freiheit gebracht hätte. Sie „begründeten“ ihre Haltung damit, daß sie es nicht verantworten könnten, die Fememörder freizulassen.

SPD.-Braun amnestierte die Fememörder

Wie verlogen diese Begründung war und daß sich diese Stellungnahme der Sozialdemokratie einzig und allein gegen die verhafteten Kommunisten richtete, zeigt die Tatsache, daß unter Führung der sozialdemokratischen Präsenzregierung am 14. Dezember 1929 die vier an dem Fememord beteiligten Fememörder Oberleutnant W e n n, der zum Tode verurteilt war, S c h i r m a n n, S t e i n und A s c h e n l a m p f freigelassen wurden.

Für den bestialisch ausgeführten Mord haben sie insgesamt dreieinhalb Jahre Gefängnis abgeleistet.

Zwei ganze Fememörder sitzen

Um ihre betrügerische Haltung zu vertuschen und die Arbeiter zu verwirren, gehen sie jetzt im Lande herum, verbreiten Flugblätter, in denen sie die Freiheit haben, die gemeine Behauptung

anzustellen, die Kommunisten seien für die Befreiung der Fememörder. Das ist schon deshalb unwahr, weil ja gerade die Sozialdemokratische Partei bereits, wie wir zeigten, alles für die Befreiung dieser Arbeiterfeinde getan hat.

5337 Arbeiter 1930 angeklagt

Vorher die SPD.-Femefreunde aber nichts schreiben, das ist die Tatsache des ungeheuer gesteigerten Polizei- und Justizterrors gegen die am Lohn und Brot kämpfende Arbeiterklasse. Bis zum Monat August sind allein 5337 Arbeiter unter Anklage gestellt, Hunderte zu Gefängnis- und Zuchthausstrafen verurteilt worden.

65 000 Mark monatlich zahlt die rote Hilfe

für Rechtschutz an die verhafteten Arbeiter, für die Unterstützung der Hinterbliebenen der von Polizei und Galenkrenz ermordeten Arbeiter sowie für die Familien der verhafteten Arbeiter. Das ist die Bilanz des Polizeisozialismus

im Femeparadies Deutschland!

Fort mit den sozialdemokratischen Amnestiebetrügern!

Angeichts dieser Tatsache ist es ein offener Betrug der Sozialdemokratie an der Arbeiterschaft, von einem Amnestiehandel der Kommunisten im Reichstag zu sprechen, der die Aufhebung der Strafverfolgung einiger kommunistischer Reichstagsmitglieder zum Ziele hatte. Und so hat ihre Haltung nur dazu gedient, daß die Fememörder durch Einzelbegnadigungsakte der Klassenjustiz freigelassen wurden, während die revolutionären Arbeiter wieder um die Hoffnung einer Amnestie betrogen worden sind.

Selbst ein so bürgerliches Blatt, wie der „Dortmunder Generalanzeiger“, schreibt am 15. Juni d. J.:

„Auch wir stehen auf dem Standpunkt, daß, wenn mit der Fememörderamnestie wieder einmal die politischen Verbrechen von rechts mit schonender Hand ausgelöscht werden, nun endlich die längst notwendig gewordene Amnestierung der links gerichteten politischen Gefangenen erfolgen muß.“
In der Sozialdemokratie ist die Amnestie gescheitert!

Adlung, Fahren und Giedler!

In letzter Stunde warnen wir auch vor den Nationalsozialisten. Der Nationalsozialist F i c h t aus Braunsberg hat die Reichsrentner bespöttelt. Jetzt sollen alle die Kleinrentner und Giedler für den Schaden aufkommen. Die Zentrum-Brüning-Regierung schickte schon Zahlungsbefehl und Gerichtsbescheid. Eine Sitzung von über 30 Morgen Land ist schon versteigert worden. Der Besitzer ist zum Bettler geworden. Diese Holzkühe, die Tag für Tag belassen durch die Stadt vorleben von eurem Gelde, die soll ihr wählen! Begreift endlich, daß es nur eine Partei gibt, die euch helfen kann und helfen will. Wenn ihr am 14. September der kommunistischen Partei, Liste 4, die Stimme gebt, so stärkt ihr die Kampftruppe für ein freies, sozialistisches Deutschland!

Belagerungsstand in Hauscha

Anlässlich einer fliegenden Versammlung in Hauscha vor dem Arbeitsamt verurteilte der Oberlandjäger Meißner den Genossen Franz am Sprechen zu hindern und die Versammlung zu verbieten. Als Begründung behauptete Meißner, daß die „Menge und Ordnung“ in der freiesten Republik hervor, daß Versammlungen unter freiem Himmel unannehmlich seien. Erst nachdem ihn Genosse Franz eines anderen Befehls und die Ermordung von Gendarmen über das Verhalten durch Zwischenrufe zum Ausdruck brachten, konnte Genosse Franz seine Rede zu Ende führen. Die über 300 versammelten Erwerbslosen belandeten durch hartes Vorgehen der Gendarmen in den Händen des Genossen Franz. Die über 300 versammelten Erwerbslosen belandeten durch hartes Vorgehen der Gendarmen in den Händen des Genossen Franz. Die über 300 versammelten Erwerbslosen belandeten durch hartes Vorgehen der Gendarmen in den Händen des Genossen Franz. Die über 300 versammelten Erwerbslosen belandeten durch hartes Vorgehen der Gendarmen in den Händen des Genossen Franz.

Grünberg

Glashütte stillgelegt

Die auf eine Tagesproduktion von 17 000 Stücken eingerichtete Glashütte in Rabin, die in günstigen Zeiten 200 Arbeiter beschäftigte, ist jetzt stillgelegt worden.

Hegnitz

Öffentliche Versammlung in Grunau

am Sonntag, dem 7. September, 20 Uhr, im Gasthof „Zur Erholung“. Sprecher: Genosse Preiß.

Sproßtau

Der Eroberer des „Dritten Reiches“ werden auch hier abruttschen

Am 2. September veranstaltete die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei in zwei Sälen ihre schon seit langem angekündigten öffentlichen Wahlversammlungen. Die Säle waren dazu besonders hergerichtet worden. Man hatte sogar nicht vergessen, auf dem Dach die Fahne mit dem „berühmten“ Hakenkreuz aufzuhängen. Gegen 20 Uhr rückte die Sturmabteilung unter Barantritt einer Musikkapelle mit dem bekannten Deutschland- und Preußenlied mit brennenden Fackeln zur Befreiung der beiden Säle an. Die hiesige Polizei war durch die Landjäger des Kreises verstärkt worden. Als Redner sprachen abwechselnd in beiden Sälen Rechtsanwalt Dr. Frank in Mähren und Brückner-Preßlau über das Thema: „Parteien zerbrechen am Young-Plan.“ Frank betonte in seiner Rede, der Kampf sei für sie am 14. September nicht beendet, im Gegenteil, es ginge weiter. Eingehend befasste er sich mit dem Kapitalismus, wobei er die Behauptung zurückwies, die Nationalsozialisten würden von anderer Seite finanziert. Der Kampf gelte auch dem Marxismus und den jüdischen Volkverderbern. Versprechungen für die Zukunft kann er aber nicht machen; er wolle nur den Ernst der Lage schildern, damit sich das Volk aus dem Dreck und Schmutz herausarbeite. Brückner sparte in seinen Ausführungen nicht mit den nötigen Kraftausdrücken wie „Schweinehunde“, „Schwazbude am Platz der Republik“, „Landesverräter“, „Halunken“ usw. Am 14. September wollen die Nationalsozialisten die Stelle des Zentrums einnehmen. Dann beginnt großes Reinemachen, und vor Weismachten müßten auch in Preußen Reinemachen stattfinden, denn dort genüge nicht Reinemachen, es müßte dort ausgemistet werden. Nach den Wahlen wollen sie das Innenministerium und das Wehrministerium beanspruchen, um die Machtmittel auf dem Gebiete der Polizei und der Reichswehr nun in die Hand zu bekommen. Das Finanzministerium mit seinen Sorgen will man lieber anderen überlassen.

Ume Nazis, seid ihr denn wirklich so blöde, daß man euch hier so ernst nimmt? Merkt ihr nicht, daß man hier bestimmt annimmt, eure Redner stammen aus dem Zoologischen Garten und aus den dunkelsten Kaskemmen? Denn sie wissen doch gar zu gut unter den Tiernamen und unter den Epithetnamen Bescheid. Es ist hier nichts Neues mehr: wer sich die Zeit vertreiben will, geht in die Nazi-Versammlungen!

Die wertfällige Bevölkerung wählt am 14. September Kommunisten und läßt sich auch mit Nazi-Gesse nicht mehr einfeilen!

Glogau

Genosse Dombrowski spricht am 9. Sept.

im Schützenhaus um 20 Uhr. Heraus zum Empfang des auf Urlaub beständlichen Festungsgefangenen und Reichstagskandidaten um 16,12 Uhr am Bahnhof!

Wertfällige, erscheint recht zahlreich!

Aus der Wahlbewegung

Die Nazis haben Recht! Sie machen jeden Montag eine Versammlung mit dem Erfolg, daß sie auffliegt. In der zweiten Versammlung waren die Nazis schon kleiner geworden. Sie gewöhnten dem Genossen J o n z a fünfzehn Minuten Redezeit in der Diskussion. Jedoch sprach J. 35 Minuten, ohne daß es ein Nazi wagte, ihn davon zu hindern, und das deshalb, weil die anwesenden Arbeiter dies forderten. Genosse J. entlarvte die Nazis als Zuhälter des Kapitals und entwarf ein Bild ihrer arbeitserfindlichen Politik, vor allem der in Thüringen unter Führung des Ministers Fried. Am Schluß richtete Genosse J. den Appell an die anwesenden Arbeiter, mit uns Kommunisten den Kampf gegen die Ausbeuterrepublik zu führen und ihre Kampfbereitschaft durch die Stimmabgabe für die Liste 4 zu dokumentieren. Mit dem Gesang der Internationale wurde die Versammlung geschlossen.

Darüber waren die Nazis sehr erbozt und haben in ihrer letzten Versammlung die ihnen bekannten revolutionär eingestellten Arbeiter nicht in den Saal hereingelassen. Die Polizei drohte dem Genossen J. mit Schubhaft, falls er den Platz vor dem Versammlungsort nicht verläßt. Diese Haltung der Polizei brachte die anwesenden Arbeiter in helle Empörung. Die Polizei nahm wahllos Verhaftungen vor. Die Kommunisten organisierten sofort eine Gegenkundgebung auf dem Dominikanerplatz, die sehr gut besucht war. Anschließend wurde eine Protestdemonstration gegen die Polizeimißhandlung durchgeführt. Es wurde eine Deputation gewählt, die sich zur Polizeiwache begab und die Freilassung der Verhafteten forderte. Der Erfolg dieser Mission war der, daß man die Arbeiter auf freien Fuß setzte. Die Empörung steig unterdessen gegen die Verhafteten immer mehr. Die Arbeiter hörten, wie der Nazihauptling Brückner die Republik beschimpfte, ohne daß die Polizei dagegen einschritt. Die Polizei begleitete das Auto, in dem Brückner saß, damit die Arbeiter diesem „Helden“ nicht eine Tracht Prügel verabreichen. Die Polizei führte grundlos eine Gummihüpfelattacke gegen die Arbeiter durch. Ein Arbeiter wurde niedergeschlagen, daß er Bewußtlos liegen blieb. Die bürgerliche Presse behauptet, daß derselbe von der Menge umgerannt worden ist.

Die Sozialdemokraten entsaften mit den gestohlenen Gewerkschaftsgeldern eine rege Propaganda in Kommunistenweise. Die wahllosen Traben, die sie gegen die bürgerlichen Parteien in ihren Versammlungen vom Stapel lassen, sind nicht ernst zu nehmen, wenn man weiß, daß die Sozialdemokratie wieder nur am Ministerposten hängt.

Die Arbeiterschaft erkennt auch in Glogau, daß sie mit der kommunistischen Partei zu kämpfen habe; sie wird am 14. September Kommunisten wählen.

Primkenau

Genosse Gräf-Berlin spricht

Die am 3. September abgehaltene Wahlversammlung war sehr gut besucht, so daß Genosse Gräf-Berlin vor einem sehr besetzten Saal sprechen konnte. In eingehender Weise ließ er die Zeit von 1918 bis heute an den Augen der Versammelten vorbeiziehen und zeigte den Anwesenden, daß trotz der laufenden Versprechungen der Sozialdemokratie, trotz Hermann-Müller-Regierung, die deutsche Arbeiterklasse immer mehr verelendet, während die Kapitalistenklasse ein Schlemmerleben führt. Nur einen Ausweg gibt es aus dieser Verelendung herauszukommen: die Errichtung der proletarischen Herrschaft! Unsere russischen Brüder hoben uns den Weg gezeigt, der gegangen werden muß, um das Endziel, den Sozialismus, zu erreichen. Die Aufmerksamkeit, mit welcher die Versammelten den Ausführungen des Genossen Gräf folgten, ist ein Beweis, daß unser Genosse es verstand, den Kontakt mit der Versammlung herzustellen. Für unsere junge Ortsgruppe ist diese Versammlung ein voller Erfolg und es wird den Genossen ein Aufporren sein, unermüdetlich weiterzuarbeiten, dann werden wir auch am 14. September den Erfolg für die Liste 4 Buchen können.

Guhrau

Öffentliche Versammlung am 6. September

in Fichers Lokal, abends 8 Uhr.

Es spricht Genosse M ö b u s, WdA, über

Faschismus, Hunger, Krieg oder ein freies sozialistisches Deutschland.

Wertfällige Frauen und Männer, erscheint recht zahlreich!

Bewährte Helfer im Haushalt:

MAGGI'S Erzeugnisse

• MAGGI'S Würze • MAGGI'S Suppen • MAGGI'S Fleischbrühe •

Sie vereinigen Qualität
und Preiswürdigkeit



Arbeitereland in Oberschlesien

Werkstätige in Stadt und Land, wählt Kommunisten, Liste 4!

Brecht die Herrschaft des Kapitals, der Pfaffen und Sozialdemokraten im Reiche Miklas

Der Glendetat der Provinz

Im Haushaltsetat für die Provinzialverwaltung werden aus-

gegeben: für Gehälter und Pensionen	1 052 489 Mark
bezogen für Tuberkulosefürsorge nur	125 000 Mark
für Wohnungs- und Siedlungsweesen nur	31 000 Mark
für Wochenfürsorge ganze	3 000 Mark
für kinderreiche Familien ganze	3 000 Mark
für Schulfürsorge ganze	5 000 Mark

Das ist die Sozialpolitik des Zentrums, der Sozialdemokraten und aller übrigen Parteien, die diesen Etat angenommen haben und ihn durch Landeshauptmann Woschel (Ztr.), Landesrat Ehrhardt (Reichstagskandidat Ztr.) und Hauke (SPD.) durchzuführen lassen. Nur die Kommunisten haben im Provinziallandtag diesen schändlichen Etat abgelehnt!

Der Hungeretat in Gleiwitz

Zentrumsman Geißler führt ihn brutal durch

Der diesjährige kommunale Etat ist gleichfalls gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen worden. Warum stimmten die Kommunisten gegen den Etat? Weil dieser Etat ein Etat des Hungers und des Glends ist! Die nachstehenden Zahlen sollen euch zeigen, wie verwerflich eure Interessen auch im Stadiparlament und Magistrat mit Füßen getreten werden.

Es wurden für 1930 folgende Beträge in den Etat eingesetzt: (Die Zahlen in Klammern geben die vorausgabten Beträge im Jahre 1928 an.)

Gehälter	1 590 000	(1 528 000)
Arbeitslöhne	830 000	(873 000)
Zuschuß für die Schupo	290 000	(260 000)
Für kirchliche Zwecke	71 000	(53 600)
Kinderpeisung	42 000	(52 000)
Kindererholungsfürsorge	50 000	(79 600)
Altenrentner	270 000	(350 000)
Sozialrentner	260 000	(276 000)

Diese Zahlen bedürfen keines Kommentars; sie drücken den Massencharakter des Etats klar aus. Die Kommunisten hatten Anträge bei den Etatsberatungen auf Kürzung der hohen Beamtengehälter, auf völlige Streichung des Polizeizuschusses, auf Erhöhung der Arbeiterlöhne und der Mittel für soziale Zwecke, wie Kinderpeisung und Erholungsfürsorge usw., gestellt, die aber mit Hilfe der Sozialdemokratie abgelehnt worden sind.

Und diese Parteien buhlen wieder um eure Stimmen zur Reichstagswahl. Dort haben diese Parteien dieselbe arbeitersindliche, ja sogar noch viel schlimmere Politik betrieben.

Werkstätige Frauen und Männer!

Gebt am 14. September den bürgerlich-sozialdemokratischen Etatsräubern den verdienten Fußtritt und wählt die Liste 4, Kommunistische Partei!

Wer hat die Forderungen der Erwerbslosen mit Füßen getreten?

Alle bürgerlichen Parteien einschließlich der SPD. haben die kommunistischen Erwerbslosenentwürfe zur Änderung des sozialen Glends brutal niedergestimmt. Dort, wo die Parteien unter dem Massendruck standen, haben sie im Parlament aus reiner Demagogie den Entwürfen zugestimmt; in den Magistraten und Gemeindevorständen haben dieselben Parteivertreter die Durchführung der Beschlüsse sabotiert.

Die sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Dannehl-Gleiwitz und Döwowski-Doppeln haben ihre Kofaken gegen die hungernden Massen losgelassen. Der Hunger soll nach ihrer Meinung mit Summenknäueln und Gewehrsalven gestillt werden.

Die Opfer der heutigen kapitalistischen Wirtschaftsanarchie werden den Parteien, die dieses saule System verteidigen, die Quittung am 14. September geben. Sie wählen Kommunisten!

Die „Vertreter“ des Volkes verdienen?

Dr. Luther, Generaldirektor der Reichsbank, verdient im Jahre	340 000 Mark
Dr. Brüning, Zentrums-Reichskanzler, verdient: 45 000 Mark Gehalt, 18 000 Mark Aufwandsentschädigung, 40 000 Mark Repräsentationsgelder, 10 000 Mark für besondere Zwecke und 9000 Mark Diäten als Abgeordneter, Sa. 122 000 Mark	
Hermann Müller, SPD, Reichskanzler a. D., erhält: 16 851 Mark Pension und 9000 Mark Diäten als Abgeordneter	25 851 Mark
Summa	25 854 Mark

Die Steuer- und Lohnräuber



Brüning Stögerwald Dietrich

Franz, SPD-Oberbürgermeister von Hindenburg und früherer Bergarbeiter erhält 21 000 Mark Gehalt, 3000 Mk. Aufwandsentschädigung, 5000 Mark zur besonderen Verfügung und 1440 Mark Wohnungsgeld. . . . Summa 33 440 Mark

Sie verdienen also im Jahr	im Monat	am Tag	id.Stunde
Dr. Luther	340 000 Mk.	28 333,30 Mk.	1133,30 Mk.
Dr. Brüning	122 000 Mk.	10 165,— Mk.	406,66 Mk.
Hermann Müller	25 854 Mk.	2 154,50 Mk.	86,18 Mk.
Franz	33 440 Mk.	2 786,66 Mk.	111,46 Mk.

Und was verdient du im Jahr	im Monat	am Tag	p. Std.?
Oberschl. Bergarbeiter	1897,— Mk.	158,08 Mk.	6,32 Mk.
Oberschl. Metallarbeiter	1500,— Mk.	125,— Mk.	5,— Mk.
Postbote	1500,— Mk.	125,— Mk.	5,— Mk.
Erwerbsloser (verheir.)	660,— Mk.	55,— Mk.	2,20 Mk.
Wohlfahrtsempfänger	216,— Mk.	18,— Mk.	—,72 Mk.

Oberschlesien hat unter allen deutschen Landesteilen die größte Säuglingssterblichkeit

Es starb 1928 in Oberschlesien im Reich und in Preußen Wohnungnot und Wohnungseld und haben dazu beigetragen, daß die Sterblichkeitsziffern in der Nachkriegszeit in Oberschlesien nicht im Verhältnis der anderen Landesteile gesunken sind.

Von 1000 Lebendgeborenen starben vor Vollendung des ersten Lebensjahres:	1927	1928
in Oberschlesien	12,8	13,5
Staat (Reich)	9,7	8,9

fast jeder jeder 7. Säugling 11. Säugling

Wie Staat und Kommunen die Säuglingssterblichkeit bekämpfen?

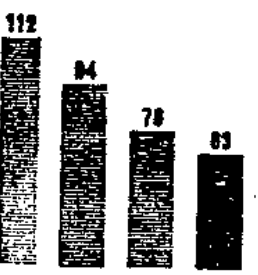
Die Preussische Staatsregierung, unter Führung des Kontorbarssozialisten Braun, will in diesem Jahre der Stadt Hindenburg 4500 Mark als Beihilfe zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit überweisen! Voriges Jahr wollte man sogar 6000 Mark geben; in Wirklichkeit bekam die Stadt nichts! Aber für die Polizei der Braun, Waentig usw. muß die Stadt einen Zuschuß von „nur“ 312 000 Mark für dieses Jahr leisten. Als die kommunistische Stadtverordnetenfraktion in Hindenburg forderte, daß die im Etat eingesezten 812 000 Mark für soziale Zwecke, auch zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit verwendet werden sollen, da stimmten Zentrum, Deutschnationale und Sozialdemokraten den Antrag brutal nieder. Und heute buhlen dieselben Kindermörder um die Stimme der Arbeitermütter.

Wer trägt die Schuld an diesen Hungerlöhnen?

Oberschlesien hat von allen deutschen Steinkohlengruben- und Hüttenbezirken die niedrigsten Löhne.

Lohn-Zeitlöhne (1929) (Weminge je Stunde)

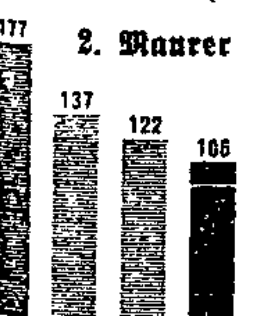
1. Metallarbeiter



Nach der Beitragsleistung zur Invalidenversicherung belief sich der Wochenverdienst eines Arbeiters in Oberschlesien auf 76,1 v. H. des Reichsdurchschnitts.

Im Steinkohlengrubenbau, der hauptsächlichsten Industrie Oberschlesiens, wurden einem Volkarbeiter gezahlt:

in Rheinland-Westfalen	2529 Mark
in Aachen	2325 Mark
in Rieberchlesien	1846 Mark
in Oberschlesien	1897 Mark.



Auch in anderen Berufsgruppen steht Oberschlesien — wie nebenstehendes Schaubild zeigt — mit seinen Löhnen an letzter Stelle.

Die Verantwortung dieser Frage fällt einem nicht schwer, wenn man weiß, daß die christlichen und reformistischen Gewerkschaftsbürokraten jedem ernsthaften Kampf mit den kapitalistischen Wirtschafteuren aus dem Wege gehen, vielmehr alles tun, daß Kämpfe nicht ausgelöst werden. Das letzte Beispiel haben wir bei den Metallarbeitern, wo die Christen und Reformisten offen für den Lohnabbau eintraten. Vor einigen Tagen haben die Metallindustriellen die Lohnordnung gekündigt. Ihren Lohnraubplan haben sie noch nicht bekanntgegeben, und zwar deshalb nicht, weil wir vor dem 14. September stehen. Gegen Lohnabbau, für Lohnerrhöhung kämpft nur die Revolutio-

näre Gewerkschaftsopposition und die kommunistische Partei. Sie allein organisieren den Kampf der Bergarbeiter und der Metallarbeiter zum 1. Oktober.

Kollegen! Die Stimmenabgabe am 14. September für die Kommunisten soll nur ein Ausdruck des Kampfwillens zum 1. Oktober sein, weil die Besserung der Lebenssituation der Arbeiterklasse nur durch den revolutionären Massenkampf zu erzielen ist.

Wer sind eure Ausbeuter und Unterdrücker?

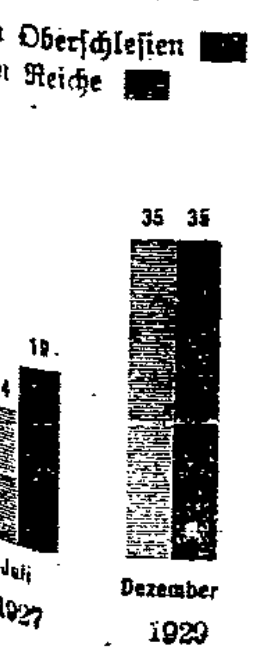
Die Grafen Ballestrem, Donnersmarck, Schajsgottsch und andere mehr, die der Zentrumsparlei, der Deutschen Volkspartei, der Deutschnationalen Partei usw. angehören! Und diese Parteien, als Schützer des Geldsacks, wollen eure Stimme! Keine Arbeiterstimme diesen Parteien!



Die Arbeitslosigkeit . . .

1927—1930

Auf 1000 Einwohner kamen Arbeitsuchende



Die schlechte Wirtschaftslage der Provinz hat zu einer außerordentlich großen und weiterhin steigenden Arbeitslosigkeit geführt.

Oberschlesien liegt mit seiner Arbeitslosigkeit seit Jahren über dem Reichsdurchschnitt.

Zu Beginn des Jahres 1930 schwankte die Zahl der Arbeitslosen um 100 000. Noch Mitte März 1930 waren 104 610 Arbeitslose zu verzeichnen.

Wie das Zentrum die Arbeitslosigkeit bekämpft?

Gebet statt Brot!

Der katholische Pfarrer Dgan erklärte noch im Mai des Jahres 1930 in seinem Gemeindeblatt:

„Eine Beschäftigung ist immer zu haben, und jeder ist dazu eingeladen, vom Heiland selber eingeladen: zum Gebet. Und das scheint der tiefe göttliche Sinn der Arbeitslosigkeit zu sein: Mehr Zeit für das Uebernatürliche! Mehr Zeit für Gott und die Seele, für Gebet und religiöse Betätigung. Wer für die Volksgemeinschaft nicht arbeiten kann, soll dafür beten.“ (!)

Solch juchender Hohn auf die bittere Not der ausgepönderten und hungernden Erwerbslosen löst auch bei dem gläubigen katholischen Arbeiter nichts anderes als ein Gefühl des Eies aus. Der priesterliche Ratsschlag, der hier im Wortlaut wiedergegeben wurde, zeigt dem christlichen Werkstätten in seiner ganzen Nacktheit, wie niederträchtig mit seinem religiösen Glauben Geschäfte im Dienste des Großkapitals gemacht werden. Und nicht zufällig schweigt Pfarrer Dgan davon, ob er auf sein Priestergehalt verzichtet hat, um durch das Gebet lott zu werden.

Wir kämpfen für Sowjet-Deutschland

Youngmord an der Volksgesundheit!

Der schändlichste Raub der SPD. und Brüning an den kranken Opfern der rationalisierten Youngausbeutung

Hand in Hand mit dem Niedergang der deutschen Wirtschaft geht der Abbau des deutschen Gesundheitswesens. Die Notverordnung des Reichspräsidenten vom 27. Juli 1930 bedeutet den schwersten Eingriff, den das Krankenfürsorgewesen seit seinem Bestehen erlitten hat.

Die deutsche Bourgeoisie weiß, daß der kommende Winter für sie ein „kritischer“ erster Ordnung sein wird. Sie baut vor. Unabsehbar für sie, etwa die unproduktiven, aber für die Kapitalistenklasse so profitablen Ausgaben der Reichswehr und Marine, Polizei, Kirche, Subventionen für die Großagrarier einzuschränken. Nun müssen aber 700 Millionen Mark zur Deckung des Etatdefizits eingespart werden. Da wird das soziale Fürsorgewesen gerupft. Durch die sozialen Sparmaßnahmen werden für das Reich ganze 134 Millionen Mark gewonnen („Rundschau für Kommunalbeamte“, Nr. 27). Aber für die Klassen schäht man den jährlichen Gewinn auf 330 Millionen Mark („Deutsche Krankentasse“, Nr. 27).

Wachsende Gesundheitsfürsorge in der Sowjetunion — Abbau in Deutschland

Das Gesundheitsbudget der Sowjetunion zeigt folgenden Verlauf:

1926/27	860 Millionen Mark
1927/28	1026 Millionen Mark
1928/29	1240 Millionen Mark

Aber in der Grobrussischen Föderation (RSFSR) zeigt das Budget des Mutter-Kind-Schutzes von 1926 bis 1929 ein Anwachsen von

Preußenkoalition forderte 1 Mark-Krankenschein

Auf dem Krankenkassentag des Gesamtverbandes in Köln erklärte der Ministerdirektor Grieser: „Das Land Preußen hat sich auf den Boden des Entwurfs gestellt. Im Reichsrat haben die Vertreter der preußischen Staatsregierung, nicht etwa die Vertreter der Herrn Hirthsleier, einen eindringlichen Appell an die Länder gerichtet, auf den Boden des Entwurfs zu treten und einmal den ersten Schritt zur Sparsamkeit entschlossen zu machen und eine Krankenscheingebühr von 1 Mark zu verlangen.“

45 Millionen auf 95 Millionen Mark. Die Familienfürsorge der Sowjetmedizin kennt seit dem Tage ihres Bestehens keinen Unterschied zwischen Versicherten und deren Familienmitgliedern. Alle werden in gleicher Weise kostenlos und solange wie nötig versorgt.

Charakteristischer Weise zeigt sich in dem niedergehenden deutschen Gesundheitswesen die entgegengesetzte Tendenz. Gerade für unsere Kapitalistenklasse nur noch um den profitierenderen Familienmonat. Für seine Anwachsenden ist die Familienhilfe nunmehr auf 13 Wochen beschränkt worden. Für die große Masse bedeutet das wohl eine Verschlechterung um etwa die Hälfte. Nach Ablauf der 13 Wochen genießt das kranke Arbeiterkind die Ehre, als „Privatpatient“ zu gelten oder von der Behörde auf Kumpo verlorzt zu werden.

Wie kann man so unerbauerliche Bestimmungen noch rechtfertigen? In einer zusammenfassenden Darstellung vor Reichsvertretern hat der Reichsfinanzminister Dietrich sie folgendermaßen verteidigt:

(Rundschau für Kommunalbeamte, 2. August 1930.)

Arzneimittelbeitrag und Krankenscheingebühr: 1 Mark

Nur durch Terror gegen Versicherte und Kassenzurückgebliebene kann die deutsche Sparsucht sich durchsetzen. Von den Bestimmungen seien nur einige wenige zitiert:

9. § 182a. Bei der Abnahme von Arznei, Heil- und Stärkungsmitteln hat der Versicherte von den Kosten jeder Verordnung den Betrag von fünfzig Reichspfennig, jedoch nicht mehr als die wirklichen Kosten an die abgebende Stelle zu zahlen.

13. § 187b. Für die Krankenhilfe hat der Versicherte einen Krankenschein zu lösen. Die Gebühr dafür beträgt fünfzig Reichspfennig.

10. § 183. Endet die Arbeitsunfähigkeit an einem Sonntag oder einem staatlich allgemein anerkannten Feiertag, so wird dieser Tag für das Krankengeld nicht mitgezählt.

Von einigen Abweichungen in besonderen Fällen abgesehen wird in Zukunft jeder Kranke für Krankenschein und Rezept vor jeder Hilfe erst einmal eine Mark entrichten müssen. Wie viele Arbeiter und Arbeiterinnen werden inselgedessen in dem kommenden Hungerwinter es sich erst zehnmal überlegen, ob ihr Leben auch wirklich „so schlimm“, ob ärztliche Hilfe denn wirklich „dringend nötig“? Selbstverständlich wird das die Krankentassen „weitgehend entlasten“.

Bei der nächsten Seite werden die Kassenzurückgebliebenen...

droht. Unzählige Schikanen und wirtschaftliche Schädigungen drohen den Ärzten, die in Zukunft vielleicht aus Geschäftssinn, aber vielleicht auch aus Mitleid und sozialer Einsicht dem Hilfesuchenden entgegenkommen. Zunächst wird ein strafferes Vertrauensarztssystem den Kassen nicht mehr wie bisher freigestellt, sondern gezwungen:

48. § 368, 2. Die Kassen sind ferner verpflichtet, die Bescheinigung des behandelnden Arztes über die Arbeitsunfähigkeit...



Notverordnung: Zutretterin der Kurpfuscher

keit und seine Verordnungen, insbesondere soweit sie ärztliche Sachleistungen betreffen, in den erforderlichen Fällen durch einen anderen Arzt (Vertrauensarzt) rechtzeitig nachprüfen zu lassen.

Vertrauen der Versicherten oder der Kassenzurückgebliebenen?

Nun gibt es zwei Sorten Vertrauensärzte. Die einen genießen das Vertrauen der Versicherten. Die werden in Sowjetrußland von diesen Versicherten selbst als Kontrollärzte gewählt, um die Rechte der Arbeiter gegen allenfalls unproletarisch denkende Mediziner zu verteidigen.

Im schärfsten Gegensatz zu dem sowjetischen steht das kapitalistische deutsche Klassenwesen, bei dem der Vertrauensarzt lediglich des Vertrauens der Kassenvorstände bedarf, die allein ihn ernennen oder absetzen können. Die Notverordnung bedeutet also nur eine Verschärfung des bürgerlichen Klassencharakters unseres Gesundheitswesens.

Von den zahlreichen neuen Einschränkungen und Beschnitten der kassenärztlichen Tätigkeit ist wohl die wichtigste:

Der Arzt, der die nach den Umständen erforderliche Sorg-



Gesundheitsfürsorge in Young-Deutschland und in der Sowjetunion.

falt außer acht läßt, hat der Kasse den daraus entstehenden Schaden zu ersetzen.

Die Verschwommenheit der Bestimmungen, die absichtlich den Behörden und unserer reaktionären Klassenjustiz unbegrenzten Spielraum gewährt, läßt als einzigem Deutliches die Bedrohung des Kassenzurückgebliebenen, der sich mit seinem „Gesundheitsdienst am deutschen Volke“ künftig in acht nehmen kann. Die eingeschüchterten Kassenzurückgebliebenen werden ebenso eingeschüchterte Kassenzurückgebliebenen vorfinden.

Was werden die Folgen sein? Die zweifelhaften, undeutlichen Erkrankungen, die noch nicht mit Bestimmtheit feststellbaren Krankheitsfälle werden massenhaft unentdeckt bleiben. Jedes Risiko für Patient und Arzt muß von vornherein ausgeschlossen sein. Je bedenklicher die Krankheit, desto „unbedenklicher“ die nunmehr garantierte „erforderliche“ Behandlung.

Krankheitsverhütung in der Sowjetunion — Mord in Deutschland

Die Sowjetmedizin macht sich unter der Diktatur des Proletariats mehr und mehr von der ausschließlichen Behandlung Kranker frei und sieht ihre vornehmste Aufgabe in der Krankheitsverhütung, das heißt der vorbeugenden medizinischen

Kontrolle der Gesunden! Ständig werden in Mätereußland ganze Dörfer, Belegschaften, Schulen usw. ärztlich durchuntersucht, um bei den Gesunden schon die kleinsten Schäden und Gefahren festzustellen und zu beseitigen, auch wenn sie dem einzelnen noch gar nicht zum Bewußtsein gekommen sind. Von dem Gesundheitsbudget Rußlands fielen auf Verhütungsmaßnahmen

1914	8,9 Prozent
1928	24,0 Prozent

Freilich ist die Aufgabe der proletarischen Klassenmedizin die Gesundung der Werktätigen, während die kapitalistische (also auch die deutsche) Klassenmedizin lediglich die Ausbeutungsfähigkeit oder „Arbeitsfähigkeit“ der Werktätigen erstrebt.

Außer dem Wegfall der vorbeugenden Gesundheitskontrolle, der Verletzung jeder wissenschaftlichen Krankheitsverhütung, wird die zweite Folge der Notverordnung natürlich eine rapide Zunahme der Kurpfuscher sein. Das mit seiner kassenärztlichen Versorgung schon heute vielfach unzufriedene Proletariat wird bei weiterer Verschlechterung immer häufiger unwissenschaftliche, unkontrollierbare Balneotherapie aufsuchen.

Den furchtbarsten Nährboden für Kurpfuscher bildet die jetzt der Schandparagraf 218. Die deutsche Klassenjustiz und Klassenmedizin haben es fertig gebracht, daß jährlich weit über eine Million Abtreibungen fast ausschließlich von Pfuschern ausgeführt werden und Zehntausende armer Frauen ganz unnötig zugrunde gehen. Unsere „nationalen“ Befürworter der Abortstrafe sind die Erreger der Abtreibungsflut.

Während die Sowjetmedizin auf ihre erfolgreiche Bekämpfung der Kurpfuscher wie in der Abtreibungsfrage so auch auf allen übrigen medizinischen Gebieten mit Stolz hinweisen kann, wird in Deutschland die Pfuscherei nunmehr durch Notverordnung und Schandparagrafen um die Wette gefördert werden.

Wie kann man diese Bedrohung der Volksgesundheit bekämpfen?

Erkämpft die rote Klassenmedizin Sowjetdeutschlands

Die ärztliche Standespresse wird von der deutschen Seilmittellindustrie ausgeschaltet. An Verzeleberrückung und ideologischer Vorbereitung des Antirußlandkrieges leistet sie Mithergütiges. Jetzt muß sie etwas auf. Aber schon der erste Artikel des Hauptorgans der „Ärztlich-Mittelklasse“ leistet sich die blödsinnige Behauptung, die neue Methode der Notverordnung, also der bewährte Hindenburg-Weg, bedeute „einen entscheidenden Schritt zur Verbeamtung der Kassenzurückgebliebenen und zur Sozialisierung des Heilwesens“.

Aber das ändert nichts an der Hauptfrage, daß unsere niedergehende Kapitalistenklasse wie den ganzen Staatsapparat so auch „ihr“ Gesundheitswesen bis zum äußersten zur Unterdrückung und Ausbeutung der Werktätigen anspannen wird, und daß dabei — ebenso wie unsere Juristen, Lehrer und Geistliche — sich leider bei Strafe des Verhungerns auch die deutschen Ärzte als Sklavenaufsichtergarden betätigen müssen. Bis eines Tages nicht mehr der Kapitalismus, sondern das Proletariat das Land regiert, sein eigenes Gesundheitswesen, seine rote Klassenmedizin errichtet, die Ärzte für proletarische Interessen arbeiten läßt und so das Heilwesen sozialisiert. Dann wird „der Gesundheitsdienst am deutschen Volke“ aus einer verlogenen Phrase zur Wahrheit werden.

Die Gesundung der Werktätigen kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein!

Dr. med. Lothar Wohl

Für die Kranken kämpft nur die KPD

Während alle Parteien von der SPD, bis Brüning den Verschlechterungen der Krankenversicherung zustimmen, stellte die kommunistische Partei als einzige Partei Forderungen für den Ausbau der Krankenversicherung. Sie trat ein für:

Erhöhung des Krankengeldes

Auszahlung von Hausgeld in voller Höhe des Krankengeldes an die Angehörigen, Krankenhilfe für Familienangehörige, Hinzuziehung von Spezialärzten und Ausbau der Krankenkassen durch Errichtung von Ambulatorien.

Schadenersatz des Arztes an den Versicherten

bei Außerachtlassung der erforderlichen Sorgfalt, Abschaffung der Zersplitterung der Krankenkassen durch Schaffung einer Reichsrankenkasse, gegliedert in Bezirkskassen, deren Mitgliederzahl 150 000 nicht überschreiten darf. Aubringung der Mittel durch Umlage nach Gefahrenklassen von den Unternehmern.

Erhöhung der Wochenhilfe

in der Höhe des täglichen Arbeitsverdienstes, aber mindestens drei Mark täglich für acht Wochen vor und acht Wochen nach der Niederkunft, Stillgeld in der Höhe des Krankengeldes, mindestens eine Mark täglich für mindestens neun Monate, einmaliger Beitrag für die sonstigen Kosten der Entbindung in der Höhe von 100 Mark.

Für die Kranken kämpft nur die Partei der Liste 4

Rund um den Erdball

Parole des Reichskatholikentages: „Vernichtet die bolschewistische Pest!“

„Katholische Nächte“

Tagsüber Bolschewistenhege — Des nachts hieriale Sauforgien
Ein frommer Katholik über die Katholikentage

Münster, 8. September. Aus den Eröffnungsreden, die auf dem diesjährigen Katholikentag in Münster gehalten wurden, ging mit wünschenswerter Deutlichkeit hervor, daß der internationale Katholizismus unter Führung des Papstes alle Kräfte mobilisieren will, um die „bolschewistische Weltpest“ auszurotten. Besonders deutlich wurde der Zentrumsgraf Franz v. Galen, der seinen schwülstigen Sermon über die Sittenlosigkeit unserer Tage mit dem Appell schloß, daß „von diesem Katholikentag ein kraftvoller glaubensstarker Impuls ausgehen muß, zur siegreichen Abwehr der Pest des Bolschewismus, dieser teuflischen Zerleure des 20. Jahrhunderts! Im Zeichen des Kreuzes müsse diese furchtbare Gefahr überwunden werden!“



Berliner Bischof Schreiber kämpft ebenfalls gegen die bolschewistische Weltpest

Und des Nachts...?

Ein frommer Katholik, also ein Mann, der es wissen muß, nämlich Dr. Karl Maria Kaufmann, schrieb seinerzeit über die Katholikentage wörtlich in der „Kölnner Korrespondenz“:

„Man nehme unseren Katholikentagen den Alkohol, und es schwindet die Begeisterung um 50 Prozent, der politische Erfolg aber, auf den es den Phrasen allein ankommt, wird um mindestens 25 Prozent vermindert. Denn die Generalversammlungen der Katholiken Deutschlands sind in erster Linie Begeisterungsinstitute, die vor allem den Interessen des Zentrums dienen sollen. . . . Vormittags schlafen sie ihre Häufchen aus, nachmittags sitzen sie in öffentlichen Versammlungen und rufen Bravo, und abends geht die Fidelitas auf den Kommerz wieder los. Sie haben es weniger auf die Katholikentage als auf die Katholikennächte abgesehen. . . .“

Eine abgrundtiefe Verkommenheit der führenden Katholikentage spricht aus dieser, wie man sieht, wohlformierten

Charakteristik durch einen Prominenten des Tuschezentriums. So sehen diese schwindeleichen Mieslinge und Muderer in Wahrheit aus. Und diese Heuchlergesellschaft, diese jesuitischen Bergewaltiger des freien menschlichen Geistes, wagen es, Kommunisten, die für die einzige wahrhaftige Menschheitskultur eintreten, mit schmutzigen Lügen zu verleumden und in den Kot zu zerren.

Der letzte katholische Arbeiter muß sich endlich voller Etel von diesen widerlichen und demoralisierenden Zentrumsbunzen abwenden! Er muß endlich ein Kampfgeselle der Kommunisten werden und als nächste Tat am 14. September seine Stimme der Liste 4, der Liste der KPD., geben!

San Domingo ein Trümmerhaufen

Rund 1000 Tote — Ueber 1200 Verwundete — 30 000 Menschen ohne Obdach

Neuport, 5. September. San Domingo, die Hauptstadt der Dominikanischen Republik auf der Insel Haiti, wurde, wie wir bereits gestern meldeten, von einem schweren Wirbelsturm furchtbar verheert. Die mehr als 80 000 Einwohner zählende Hauptstadt bietet ein entsetzliches Bild der Verwüstung. Nach den letzten amtlichen Nachrichten wurden fast 1000 Personen getötet

und über 1200 verletzt. Die Not der zufällig am Leben Gebliebenen verschlimmert sich von Stunde zu Stunde. Den Rettungsmännern fehlt das Allernotwendigste. Besonders erschwert das Fehlen von Wasser und Licht die Rettungsarbeiten. Auch andere Städte, wie Monte Christo und Santiago de los Caballeros haben unter dem Wirbelsturm schwer gelitten.

San Domingo vier Stunden im Orkan

Vier Stunden lang brauste der Tornado mit einer Stundengeschwindigkeit von 200 Kilometern über die Stadt. Reihenweise wurden die Häuser im Arbeiterviertel in Schutthaufen verwandelt, und selbst die solide erbauten Villen in dem vornehmen Viertel stürzten krachend zusammen. Die Brücke über den durch die Stadt fließenden Fluß wurde vollkommen zerstört. Die Mauer einer Irrenanstalt brach im Sturm zusammen, wodurch ein großer Teil der Kranken entweichen konnte. Zahlreiche Einwohner wurden vom Wirbelsturm buchstäblich in die Luft gerissen und gegen Häuserwände oder auf Dächer geschleudert. Tatsächlich ist in den Arbeitervierteln heute kein einziges Haus unbeschädigt.

Kriegszustand und Epidemiegefahr

Hervorgehoben durch die gänzlich unzulänglichen Hilfsmaßnahmen, steigert sich stündlich die Not der Ueberlebenden. Um die Selbsthilfe der Hungernden zu verhindern, ist über San Domingo, angeblich wegen „Mäanderungsgefahr“, der Kriegszustand verhängt worden. Jeder, der auf fremdem Grund und Boden angetroffen wird, setzt sich der Gefahr aus, an Ort und Stelle über den Haufen geschossen zu werden. Zu allem Unglück machen sich bereits die ersten Anzeichen einer ausbrechenden Epidemie bemerkbar. Da der Tornado in den Bergen von Santa Domingo seine größte Kraft eingebüßt hat, glauben die Wetterfachverständigen, daß die Küste von Florida nicht mehr gefährdet ist.

Panik auf der Neuport U-Bahn

Mehrere Fahrgäste schwer verletzt

Neuport, 5. September. Ein vorwiegend mit aus den Theatern Heimkehrenden besetzter Zug der Neuport U-Bahn erlitt plötzlich Kurzschluß. Durch die dabei entstehenden Stichflammen wurden zwei Personen schwer verletzt. Es entstand eine Panik, und in wilder Flucht suchten die Fahrgäste die Ausgänge zu gewinnen. Dabei wurden viele Frauen zu Boden getrampelt und ebenfalls mehr oder weniger schwer verletzt.

Das rote ABC

S

Die Soldat-Siemens-Stegerwald-Sippe hat Stampler und Severing an der Strippe. Standesherrn, Schlemmer- und Schlieberpact haben die Subventionen und Steuern im Sack. Die Schupo belangt kein Staatsanwalt. Wenn Sie auf Stempelbrüder und Streikende knallt Ihr Sklaven dieser Schmarotzernation. Sammelt Euch zum Schutze der Sowjetunion! Keine Stimme für die Sozialfaschisten!

Wählt Kommunisten!

Diese Wahlbombe in jede Hand!

WIE WIRD ES IN SOWJET-DEUTSCHLAND AUSSEHEN?

Auf diese Frage muß jeder Arbeiter antworten können. In der Broschüre

**HERMANN REMMELE
KOMMUNISMUS DIE
EINZIGE RETTUNG**

66 Seiten 20 Pf.

findet er das notwendige Material. Jeder Arbeiter muß die Broschüre kennen. Erhältlich bei allen Literaturbörsen oder direkt von dem

Internationalen Arbeiter-Verlag
Berlin C 25, Kleine Alexandr. 28

Riesenüberschwemmungen in Nordindien

Ueber 100 000 Menschen obdachlos

London, 5. September. Weiße Teile des Nowgong-Bezirks in Assam sind infolge plötzlichen Anstiegens des Bramaputra überschwemmt worden. Ueber 100 000 Menschen sollen dadurch obdachlos geworden sein. An vielen Stellen hat der Wasserpiegel die Dächer der Häuser erreicht. Die Eisenbahn- und Telephonverbindungen sind unterbrochen.

Ein Sarafani-Auto verunglückt

Führer und Hilfsbremser getötet

Basel, 5. September. Beim Umzug des Zirkus Sarafani von Zürich nach Basel raste ein Wagen der Kolonne infolge Versagens der Bremse einen Abhang hinunter und rannte in voller Fahrt eine Hauswand ein. Der Führer des Unglückswagens und ein Hilfsbremser wurden auf der Stelle getötet.

Draconisches Urteil im Zwidauer Raubprozeß

Insgesamt 18 Jahre Zuchthaus

Zwidau, 5. September. Das Zwidauer Schöffengericht verurteilte am Donnerstag die drei polnischen Bergarbeiter, die am 17. September vorigen Jahres den verwegenen Lohngehdraub auf die Kassenboten einer Zwidauer Grube verübten, zu insgesamt 18 Jahren Zuchthaus.

Am hellen Vormittag des 17. September waren sie an einer einsamen Stelle den drei Kassenboten mit schußbereiter Waffe entgegengetreten, hatten die Boten durch einen Schremschuß verblüfft und 85 000 Mark erbeutet. Mit dem Geld flohen sie im Mietauto über Apolda und Köln nach Belgien. In Antwerpen und Barcelona erfolgte nach Monaten die Verhaftung des Klebblattes. Der Anführer und Haupttäter, Leon Milos, erhielt acht Jahre und seine Helfershelfer, die Brüder Peter und Franz Szynka, je fünf Jahre Zuchthaus.

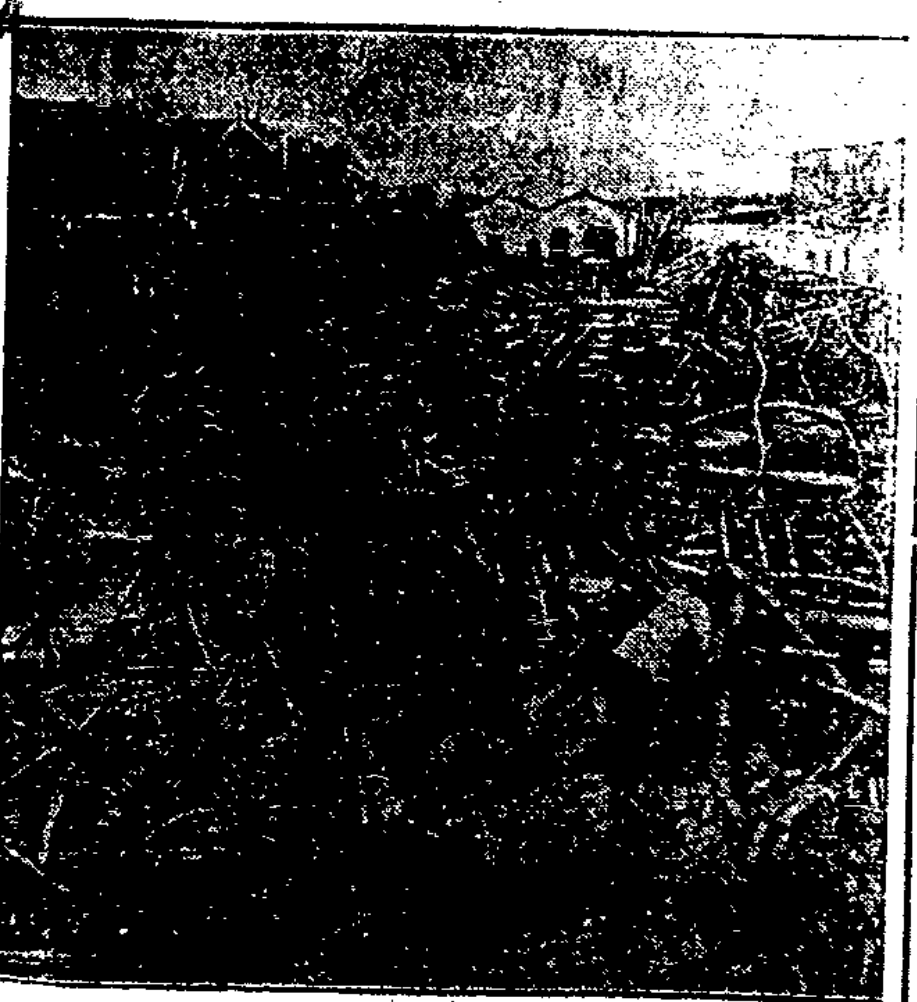
Motorradunglück fordert zwei Tote

Im Augsburger Stadtteil Steppach ereignete sich am Donnerstag nachmittag ein schwerer Verkehrsunfall, der zwei Todesopfer forderte. Ein Motorradfahrer fuhr mit seiner Frau auf dem Sozius in schneller Fahrt den sogenannten Sandberg hinab. Dabei wurde das Rad mit großer Wucht in den Straßengraben geschleudert. Beide erlitten schwere Schädelverletzungen, daß sie kurz nach der Einlieferung in das Krankenhaus verstarben.

Verunglücktes Flugzeug in den Alpen gefunden

Auf der Suche nach dem seit Dienstagvormittag vermissten österreichischen Militärflugzeug entdeckte gestern ein Suchflugzeug in den Bayerischen Alpen die vertriebenen Maschine. Allem Anschein nach hatte der Pilot verhofft, im Nebel eine

Hier verbrannten 150 Eisenbahnwaggons



Am Abend des 30. August brannte auf dem Güterbahnhof Hannover ein riesiger Schuppen bis auf die Grundmauern nieder. Rund 150 zum allergrößten Teil bereits beladene Güterwagen wurden vollkommen zerstört. Nur mit Mühe gelang es, das Ueberspringen des Feuers auf die angrenzende Continental-Gummifabrik zu verhindern. Ununterbrochene Explosionen erschwerten die Löscharbeiten ungeheuer. Unser Bild zeigt ausschnittsweise das Trümmerfeld nach dem verheerenden Brande.

Breslau

Fünf Groschen für den Krankenschein — Das findet Zentrum-Kabus fein. Weg mit den Negersteuer-Christen! Wählt Kommunisten!!

Zugmarsch am Neumarkt

Heute, Sonnabend, marschiert das revolutionäre Proletariat Breslauer um 20 Uhr am Neumarkt auf zur Kampfdemonstration für die Forderungen der Jungarbeiter, als Auftakt zu dem am Sonntag stattfindenden Internationalen Jugentag. Die Stadtteile sammeln sich um 19 Uhr an folgenden Plätzen: West: Striegauer Platz; Ost: Brodauer Platz; Nord: Weisenburger Platz; Scheinweg: Hirsch-, Ede Wodstraße; Süd: Friedrichsplatz; Zentrum: Neumarkt. — Arbeiter, Arbeiterinnen, feinet feinet! Befundet euren Willen, gemeinsam mit der Jugend für die gemeinsamen Forderungen zu kämpfen, für ein freies sozialistisches Deutschland, für den Sieg der Räte!

Kolonie Links

Am Donnerstag spielte die Truppe der JMW, die „Kolonie Links“, im „Bergeller“ in zwei sehr gut besuchten Veranstaltungen, die ein großer Erfolg der Truppe, vor allem aber der JMW, wurden. — Die „Kolonie Links“ gehört zu den künstlerisch besten und politisch klaren Agitproptrupps Deutschlands. Es geht nicht um „künstlerische Probleme“, sondern um die politische Wirkung, die außer von politischer Klarheit von der Darstellungskraft, der Sprachkraft, der Musik und anderen Faktoren abhängig ist. Man muß der „Kolonie Links“ für ihr glänzendes Programm, das alle diese Voraussetzungen erfüllt, dankbar sein. — Ob sie die Wertschätzung für den Arbeitersport oder die Siposene spielen, immer braufender, begeisterter Beifall, der nach dem Schlussstück „2. und 3. Internationale“, einer Höheleistung revolutionärer Propagandakunst, den Höhepunkt erreicht. Lebhafte, konkreter, politisch klarer Inhalt dieser geschichtliche Stoff nicht dargestellt werden. Wechsel zwischen Satire und Ernst, Spannungserhöhung durch Bewegung, Rhythmus, Musik, Gesang — eine wuchtige Szene, die in ein gewaltiges Erkenntnis für Lenin und die Komintern ausmündet. — Der Wiederhall und die Begeisterung unter den Zuhörern waren groß und verdient. Für die JMW wurden 102, für die Partei 14 Neuanmeldungen gemacht. Dieses Ergebnis beweist deutlicher als alle Argumente, welche praktischer Wert eine gute Agitproptruppe hat, eine Tatsache, die von großer Bedeutung für die Breslauer Truppe ist, die aus dieser vorbildlichen revolutionären Propaganda lernen sollten.

„Rangordnung“ bei der Zepp-Landung

Der Zeppelin soll (!) zwischen 15 und 16 Uhr landen. Die Zugänge zu den einzelnen Plätzen befinden sich an folgenden Stellen: a) 2. Platz — Eintrittspreis 50 Pf. — von der Oberstraße aus; b) 1. Platz — Eintrittspreis 20 Pf. — von der Hellerstraße aus; c) Autosplatz — Einfahrt durch die Al.-Gandauer Dorfstraße; d) Die Ehrenplätze und Mitglieder der Luftfahrervereine haben den Zugang zu ihren Zuschauerplätzen an der Oberstraße. — Die Zeppelin-Landung hat folgende Fahrplanänderungen getroffen: Die Linien 4 und 21 werden über den Ring bis zum Flughafen durchgeführt. Die übrigen planmäßig nach dem Flughafen verkehrenden Linien werden durch mehrere E-Linien verstärkt. Im Omnibusverkehr: Die Omnibuslinie Deutsch-Wissa-Flughafen endet am Endpunkt der Linie 6 in Schmiedefeld. Der nach Herrnhuth hzw. Alt-Stabelwitz verkehrende Omnibus wird über die Antietstraße, Biderstraße und Frankfurter Straße geleitet und hat seine Endstelle Biderstraße, Ede Frankfurter Straße. — Auf die Frage „Weshalb Zeppelin-Besuch?“ gehen wir in unserer Zepp-Sonderausgabe ein.

Genosse Hoyer verunglückt

In der Nacht von Freitag auf Sonnabend, nach Beendigung der Mittagsfeier, begab sich unser Genosse, der Seher Paul Hoyer, auf seinem Fahrrad auf den Nachhauseweg. In der Nähe der Bahnhofsunterführung an der Metzschschule wurde Genosse Hoyer von einem in rasendem Tempo fahrenden Personenauto angefahren. Hoyer stürzte, fiel mit dem Kopf an den Bordstein und verlor das Bewusstsein. Er wurde in das Marienhospital eingeliefert. In der Nacht gab das Hospital auf telephonische Anfrage Auskunft, daß Genosse Hoyer sich eine Kopfverletzung zugezogen hätte. Wir hoffen, daß Genosse Hoyer recht bald wiederhergestellt sein wird, um mit früherer Energie seiner Parteiarbeit nachgehen zu können.

Kein Genosse, kein Wahlhelfer darf fehlen!

Zepp-Sonderausgabe der „N.-Z.“
Die Stadtteile wurden von der Bezirksleitung angewiesen, eine bestimmte Anzahl von Genossen zum Verkauf der Zepp-Sonderausgabe zu bestimmen. Diese Genossen müssen sich am Sonntag um 12 Uhr auf der Trebnitzer Straße melden. Auch Freiwillige können kommen. Erwerbslose bringen Stempelliste mit.

Stadteil West. Auto-Propagandafahrt. Wer nicht mitfährt, muß ebenfalls ins „Anglerheim“ kommen.
Stadteil Nord. Sonntag Landpropaganda mit Auto. Fahrpreis 30 Pfennig. Abfahrt 9 Uhr ab Weisenburger Platz.
Stadteil Nordost. Alle Genossen und rote Wahlhelfer von Scheinweg treffen sich Sonntag 8.30 Uhr (vormittags) bei Kabiersche, Hirschstraße, Ede Wodstraße.
Stadteil Zentrum. Sonntag 9 Uhr Antreten im „Roten Löwen“.
Stadteil Süd. Täglich melden im Büro der Roten Hilfe ab 10 Uhr zur Wachhaberei.
Stadteil Süd. Alle Radfahrer zur Landpropaganda am Sonntag 6 Uhr an den Reichsdorn. Fußgänger 5.30 Uhr Hauptbahnhof, Verkehrsbehörde, da wir kein Auto bekommen.
Das Auto der Frauen steht Sonntag 12 Uhr am Neumarkt. Alle Stadtteile marschieren am Sonnabend zur Rundgebung am Neumarkt um 20 Uhr auf. Die für diese Zeit vorgegebenen Ausschreitungen fallen aus.
Achtung, Jugendgenossen! Am Sonnabend treten die Breslauer Gruppen pünktlich 6 1/2 Uhr am Neumarkt an.
KPD. Süd und Zentrum. Alle Genossen, Wahlhelfer und Symphonisierenden, die erwerbslos sind, melden sich von jetzt an jeden Tag ab 10 Uhr morgens und nachmittags von 4 Uhr ab im Agitationsbüro des AZB, Freiheitsgasse 2.

Sozialdemokratie gegen Mieterinteressen

Sie hat im Reichstage gemeinsam mit den Nazis und den Bürgerlichen alle mieterfreundlichen Anträge abgelehnt.

Wie bereits berichtet, haben vorgestern zwei Neubausmieterversammlungen in Babelsberg und Zimpel stattgefunden. In beiden Versammlungen wurde der Beschluß gefaßt, sich dem Magistratsrat auf Mietererhöhung nicht zu beugen, und eventuelle Zwangsmaßnahmen mit der Einstellung jeglicher Mietenzahlung zu beantworten. (Den Wortlaut der Entschlüsse veröffentlichten wir gestern.)

In beiden Versammlungen versuchten die Sozialdemokraten G. A. Stein, K. Scher, Reim und Steffen Wahlpropaganda für ihre Partei zu machen. Dieser Versuch war, insbesondere in Babelsberg, lässig gescheitert. In Babelsberg lautete die Agitation für die Räte aus dem Munde der sozialdemokratischen Stadtverordneten und Vereinsvorsitzenden wie folgt:

„Bürgerliche Parteien wählt nicht. Wer SPD nicht wählen kann, wähle Kommunisten!“

Die Kommunisten haben es nicht nötig, den Mietern besonders nachzuweisen, daß sie und nur sie sich für die Mieterinteressen einsetzen. Neben den Tatsachen, die wir an anderer Stelle der heutigen Zeitung anführen, sei noch folgendes erwähnt: Am 16. Juni 1928 stellte die kommunistische Fraktion im Reichstage folgenden Antrag:

„Die Reichsregierung wird ersucht, 1. sofort ein Wohnungsbauprogramm aufzustellen... 2. die Finanzierung dieses Wohnungsbauprogramms sicherzustellen durch: a) Schaffung reichsgesetzlicher Vorschriften, wonach das gesamte Einkommen der Hausbesitzer steuer, solange sie besteht, für den Wohnungsbau zu verwenden... ist; b) ... c) Ausnahme langfristiger Anleihen, deren Verzinsung aus allgemeinen Reichsmitteln, nötigenfalls durch eine Steuerbefreiung der großen Einkommen und Vermögen zu erfolgen hat.“

Dieser Antrag wurde in der Sitzung vom 17. Dezember 1928 von allen Parteien, also auch der SPD, abgelehnt.

Am 30. Juni 1928 stellte die kommunistische Fraktion folgenden Antrag: „Aus dem Einkommen an Hauszinssteuer müssen der Gemeinden... die erforderlichen Mittel für die Erstellung von ausreichenden und gesunden Wohnungen für unbemittelte und milderbemittelte Arbeiterfamilien durch Verfügung gestellt werden... die neuen Wohnungen (sind) den Arbeiterfamilien zu einem Mietspreis zu überlassen, der in keinem Falle den Preis der Marktmieten... überschreitet.“ — Auch dieser Antrag (Drucksache 128) wurde von allen Parteien durch Übergang zur Tagesordnung abgelehnt.

Zum besonderen Schutz der Neubausmieter stellte die kommunistische Fraktion im Reichstage eine Reihe von Anträgen, durch die die Neubausmieter geschützt werden sollten gegen willkürliche Kündigungen, gegen Steigerung der Mieten und Verschlechterung ihrer Mietverträge. — Auch diese Anträge wurden von allen Parteien abgelehnt.

Die Sozialdemokratie ist eine reaktionäre mieterfeindliche Partei. Die Mieter sind um nichts gebessert, wenn diese Partei mehr Mandate oder Ministerposten hat.

Tragbare Mieten, Bau von einer ausreichenden Zahl von gesunden Wohnungen — das müssen sich die Mieter erkämpfen. Der Kampf der Mieter ist ein Teil des Klassenkampfes, den das Proletariat unter Führung der kommunistischen Partei führt. Wer mitkämpfen will — reihe sich ein — und gebe am 14. September durch Abgabe seiner Stimme für die Räte seinem Kampfwillen Ausdruck!

Lohnräuber Schramm ergreift die Flucht

Für gestern Abend rief die Sozialdemokratische Partei nach dem großen Saal des „Amerikanischen Vergnügungsparkes“ in Babelsberg zu einer Wahlversammlung auf. Lohnräuber Schramm war als Referent angekündigt. Schramm kam, doch die Arbeitermassen wollten von ihm nichts wissen. Ganze 120 Mann waren im Saal versammelt, darunter viele, die bestimmt nicht aus Sympathie zur SPD oder dem Stadtrat Schramm gekommen waren. Schramm sprach die übliche Wahlrede. Interessant war aus seinem Mund zu hören, daß der Fünfjahresplan ein gigantisches Beginnen sei und die „Sowjetregierung den ernsthaften Willen habe, die Bedürfnisse der Massen zu befriedigen.“ Zu dem Vorwurf des Lohnraubes bezeichnete Schramm alle als „Schwein“. Selbst die Watschenschaft des ihm vorgehaltenen geheimen Rundschreibens, das seine Unterschrift trägt, stritt er ab. — In der Diskussion sprach der Genosse Brodde. Er prangerte die sozialdemokratische Verratspolitik an und stellte dem Referenten mehrere konkrete Fragen. — In seinem Schlusswort versuchte Schramm die Beantwortung dieser Fragen auszuweichen. Durch Zwischenrufe wurde er jedoch dazu gezwungen. Seine Antworten klangten etwa so:

„Mietenerhöhung durch die Preußenregierung? Stimmt! Aber das ist doch eine bürgerliche Koalitionsregierung. Reichsbanner schützt Kapital? Ja, es stimmt, daß Hörling das Reichsbanner zum Schutze der unter dem Kapitalkommando stehenden Staatspartei aufruft.“

Doch plötzlich verlor Schramm die Ruhe und schrie: „Ich bin doch nicht Müller, Braun oder Hörling. Ich bin ein ehrlicher linker Sozialdemokrat!“ — Daß er gerade deshalb dem Lohnräuber durchführt, hat Schramm allerdings nicht gesagt. — Um die unangenehmen Fragensteller loszuwerden, griff Schramm plötzlich zur persönlichen Verleumdung. Er stellte die Behauptung auf, Brodde sei „erst vor kurzem Nazi-Mitglied gewesen“, eine Behauptung, die vor vier Jahren die „Vollmacht“ aufgestellt hatte und die sie berichtigen mußte. Auch habe Brodde in seiner Eigenschaft als BdM-Mitglied nichts unternommen, als die „rechte Elite“ (Schramm sagte wörtlich „rechte Elite“) und brachte damit ungewollt zum Ausdruck, wie es um den „geistigen Streit der politischen Meinungen“ in der SPD-Führung bestellt ist) ihn, den „linken“ Schramm abgesetzt habe. — Selbstverständlich wollte Brodde die Verleumdungen nicht ruhig erdulden. Er forderte das Wort zu einer persönlichen Erklärung. Dieses wurde ihm nicht erteilt, worauf sich der Versammlung eine ungeheure Empörung bemächtigte. Stürmisch wurde die Forderung Broddes unterstützt. Schramm sah keine andere Rettung, als Tische und Stühle zu nehmen und zu flüchten, womit er sich auch um die Beantwortung der an ihn gerichteten Fragen brühte.

Die Kommunisten stehen vor! Nicht loder lassen! Mehr 4 muß flehen!

Abrechnung mit den Faschisten. — Am Mittwoch im „Schiefwerder“. — Es spricht Landtagsabgeordneter Bollweber. — Auftreten der Stadtteile um 19.30 (nicht 17.30) Uhr. — Näheres folgt.

Wer gegen Mietenerhöhung ist

hat in der Sozialdemokratie keinen Platz — Auch eine „Berichtigung“

Unter Berufung auf § 11 des Pressegesetzes erließen die früheren „sozialistischen“ (!) Gemeindevorsteher und Schöffen von Opperau nachfolgende Berichtigung abzurufen:

„1. Unwahr ist, daß die sozialdemokratische Fraktion eine Erhöhung der Grundvermögenssteuer gefordert hat. Wahr ist vielmehr: Daß der Haushaltsplan insgesamt abgelehnt wurde, weil der Vorsteher, der sich schon vorher außerhalb der Partei gestellt hatte, das Vertrauen der Fraktion nicht mehr besaß. — 2. Unwahr ist, daß der sozialdemokratische Vorsteher aus der Partei ausgeschlossen wurde, weil er eine Mietenerhöhung verhindern wollte. — Wahr ist vielmehr: Daß der Ausschluß erfolgte, weil Gemeindevorsteher Frenzel sich schon vorher gegen die Grundzüge der sozialistischen Partei vergangen hat. — 3. Unwahr ist, daß die Mandatsniederlegung wegen der Grundvermögenssteuer erfolgte. — Wahr ist vielmehr: Daß die sozialistische Fraktion ihre Mandate niederlegte, weil ihr das Zusammenarbeiten mit dem Gemeindevorsteher nicht mehr möglich erschien.“

Dazu wird uns von unserem Gewähresmann mitgeteilt, daß der Gemeindevorsteher tatsächlich wegen dem Haushaltsplan und

speziell wegen der Höhe der Grundvermögenssteuer entbrannt war. Der Vorsteher schlug 350 Prozent vor und die Sozialdemokraten wollten durchaus 400 Prozent haben. Wenn in der Berichtigung behauptet wird, daß der Ausschluß Frenzels deshalb erfolgt sei, weil er sich „gegen die Grundzüge der Sozialdemokratischen Partei vergangen habe“, so mag das stimmen — weil man eben nach den Grundzügen der SPD, die Mieter belasten und den Hausbesitz entlasten muß. Wir wollen uns nicht auf alle Einzelheiten der Berichtigung einlassen, da wir in der Lage sind, weiteres Material zur Illustration der arbeiterfreundlichen Haltung der zurückgetretenen Sozialdemokraten zu veröffentlichen. Bei der Staatsberatung 1929 wurde die Frage der Mieterhöhung in der Sitzung abgelehnt. Die Mieter selbst waren unter Umständen bereit (weil sie keinen anderen Ausweg sahen), einer Erhöhung von 25 auf 30 Mark zuzustimmen. In der Gemeindevorsteherwahl jedoch unterließen es die Sozialdemokraten, einen Antrag zu stellen, so daß die Miete auf 32,50 Mark erhöht wurde. Die „Vollmacht“ und auch die zurückgetretenen Gemeindevorsteher können schreiben was sie Lust haben. Die Tatsachen werden sie nicht aus der Welt schaffen. Und Tatsache ist, daß ihre Tätigkeit und die ihres Vorstehers, des schrecklichen Neinstimmens, falls eine arbeiterfreundliche war. Daraus werden die wertvollen Einwohner von Opperau schon am 14. September ihre Schlüsse ziehen müssen!

Broschüre, hört mal zu!

Im Bezirk Schlesien sollen während des Wahlkampfes 40 000 Broschüren und 20 000 rote Wahlhelfer umgeschickt werden. 28 000 Broschüren sind bereits versandt, den Rest erhalten ihr in den nächsten Tagen. Wie ausgelegt müssen am 15. September die Eden sein, wo sonst die Literatur lagert. Eure Wahlhilfe, nämlich die großartige Organisation des Literaturvertriebes ist äußerst wichtig. Der letzte Pfennig aus dem Literaturvertrieb muß bis spätestens 17. September an die Bezirks-Literaturstelle abgerechnet sein. Schickt aber sofort Kontozahlungen. Rote Wahlhelfer und Literaturbroschüre! Wir rechnen auf euch! Bis zum 14. September keine Müdigkeit vorzuschieben! Ihr steht mit in erster Linie der roten Klassenfront, und die muß gestärkt werden.

Bezirksleitung Schlesien der SPD.
Der Pol-Reiter.

Mittelschlesien

Neumarkt. Heraus zur Wahlversammlung! Am Dienstag, dem 9. September, veranstaltet die KPD-Ortsgruppe Neumarkt eine Wahlversammlung. Sie findet im Hotel „Peters Haus“ um 20 Uhr statt. Wir laden alle Neumarkter Einwohner zu der Versammlung ein. Als Referent spricht Genosse Brodde-Breslau.

Wies. „Kolonie Links“ tritt am Sonntag, dem 7. September, in der „Villa Nova“ auf. Jeder Arbeiter und jede Arbeiterin muß diese Spieltruppe gesehen und gehört haben.

In wirtschaftlich schwerer Zeit muß die Hausfrau beim Einkauf für die Küche doppelt darauf achten, daß sie nur gute Ware erhält. Daß sie dabei in erster Linie auch die altbewährten Maggi-Erzeugnisse (Würst, Suppen und Fleischbrühwürfel) bevorzugt, ist nicht zu verwundern, denn Maggi's Erzeugnisse haben sich allseitig als treue Helfer erwiesen. Wer in Neumarkt, Hirsch, Nord, Süd und West...

Barrikaden in Budapest

Von Scharich (Budapest)

Am 1. September boten die Straßen von Budapest das Bild eines Schlachtfeldes. Die ungarische Arbeiterklasse, die seit 12 Jahren unter dem Joch der faschistischen Diktatur steht, hat die Straßen in ein Schlachtfeld des revolutionären Klassenkampfes verwandelt.

Wie kam es zu diesen gewaltigen Massenkämpfen, die die Budapest Straßen wieder durch die blutige Farbe der proletarischen Revolution gefärbt haben?

Der Sozialfaschismus plante am 1. September einen friedlichen Spaziergang, nach dem Rezept des 1. Mai, um der Erbitterung der Arbeitermassen ein Ventil zu schaffen...

Der Generalsekretär des sozialfaschistischen Gewerkschaftsrates und Minister im Gaigentkabinett nach dem Sturz der proletarischen Diktatur, und sein Kumpan Garani mußten am 1. September den Bankrott ihrer Prophezeiung und Hoffnungen kippen...

Dies war ein Symbol! Es drückte sich darin am augenfälligsten die Tatsache aus, daß die Massen der revolutionären Parole der K.P.U. gefolgt sind und unter ihrer Führung den geplanten „stillen Spaziergang“...

Das „linke“ Manöver des Sozialfaschismus brach zusammen, die Arbeiter eroberten trotz der Maschinengewehre und der Polizeiknüppel die Straße. Das war nur möglich durch die Erklarung der K.P.U. im letzten Jahre, durch den ständig wachsenden Einfluß der revolutionären Parolen der kommunistischen Partei...

Ein neuer Abschnitt des Klassenkampfes in Ungarn beginnt! Das ungarische Proletariat hat seine Angriffsfront in der gewaltigen revolutionären Tat des 1. September gezeigt. Der 1. September eröffnet den Weg zu neuen gewaltigen Klassenkämpfen im Herbst und Winter des Krisenjahres 1930...

Der 1. September bedeutet die Anwendung höherer Kampfmethoden und Kampfformen im Massenmaßstab. Er vertieft mit einem mächtigen Schlag den proletarischen Faust die immer mehr heranreifende politische Krise der faschistischen Diktatur.

Nach dem 1. August, nach dem 1. September wurde der

„Gemeinsam zerreißen wir die Slavenpatte“

Massenkundgebung in Paris zum 16. Internationalen Jugendtag

Paris, 4. September. (Zusprellor.) Aus Anlaß des XVI. Internationalen Jugendtages fand gestern im großen Saale des Gewerkschaftshauses eine mächtige antimilitaristische und internationalistische Kundgebung statt...

Nach einigen wichtigen einleitenden Worten des Vorsitzenden sprach zunächst Genosse Couteillhas über die Bedeutung des Internationalen Jugendtages und über die Aufgaben des kommunistischen Jugendverbandes Frankreichs.

Stürmisch begrüßt, ergriff darauf Genosse Marcel Cachin das Wort. Er sprach über die Revolution in China und über deren Zusammenhang mit den übrigen Revolutionen im Osten...

Als der Vorsitzende ankündigte, daß ein Abgesandter der kommunistischen Partei Deutschlands, ein kommunistischer Reichstagsabgeordneter, zu Wort gelangen solle, gab es eine begeisterte Kundgebung der internationalen Solidarität.

Der Redner führte aus, daß er den Auftrag erhalten habe, vor den Werktätigen Frankreichs die Fragen der Reichstagswahlen aufzurollen, die im Zeichen einer gewaltigen Wirtschaftskrise und des revolutionären Aufschwungs des Proletariats stattfinden.

den Klasse und ihrer Sozialdemokraten noch mehr verschlechtert werden soll. Alle Parteien Deutschlands mit Ausnahme der kommunistischen Partei sind Koalitionsparteien, die an der Verflaubung der Arbeiterklasse arbeiten.

Als letzter Redner sprach Genosse Maurice Thorez, der sich im besonderen mit dem Kampfe gegen den imperialistischen Krieg befaßte. Die Arbeiter Deutschlands lagen in der Programmklärung der K.P.D.: „Wir werden den Vertrag von Versailles, den Young-Plan, zerreißen“.

Nach Annahme einer Resolution wurde die Verlammlung, die eine mächtige Kundgebung internationaler Solidarität darstellte, in begeisterter Stimmung geschlossen.

Faschismus überall erschüttert

Streifwelle in Spanien

Straßenkämpfe in San Sebastian

Madrid, 5. September. Das faschistische Spanien wird erneut von einer Streifwelle geschüttelt. Die Aktivität der Massen ist ungeheuer groß. Im Verlaufe der Streiks kommt es in fast allen größeren Städten zu Massenkundgebungen...

In Barcelona spielten sich harte Kämpfe zwischen streikenden Bauarbeitern und Gendarmen ab.

In San Sebastian streikten seit Tagen die Bäcker und die Fischer. Als die streikenden Fischerarbeiter Streikbrecher angriffen, die einen Fischtransport ausführen wollten, gab ein herbeieilendes Polizeikommando mehrere Schüsse ab...

USA exportiert in Zwangsarbeit gefertigte Waren

Report. Der Wert der alljährlich in amerikanischen Gefängnissen hergestellten Waren erreicht 50 Millionen Dollar. Von diesen Werten werden — nach einer Erklärung von A. J. Allison, dem Sekretär der Internationalen Vereinigung der Kon-

pulschlag der revolutionären Bewegung in Ungarn mächtig beschleunigt. Die K.P.U. steht auf ihrem Posten, sie wird sich der revolutionären Aufgaben und der heroischen Tatkraft der ungarischen Arbeiterschaft würdig erweisen...

jektionäre — zehn Prozent ins Ausland exportiert. „Der Export von in Gefängnissen hergestellten Kleidern und Strümpfen steht an der Spitze der ausgeführten Gefangenearbeit.“

Diese authentischen Feststellungen sind besonders interessant, weil Amerika seine letzte Heke gegen die Sowjetunion — bei der allerdings der Dollarimperialismus den kürzeren zog — damit einleitete, daß es mehreren Holzdampern mit russischen Holzzerzeugnissen die Vöschung in USA-Häfen mit der Begründung verbot, daß der Holzstoff in Zwangsarbeit hergestellt sei.

Solidarität Nordfrankreich

Streiffront verbreitert!

Massenkundgebungen in Nordfrankreich

Paris, 5. September. Die Hoffnungen der Unternehmungen und der Sozialfaschisten auf eine Zerbrückelung der Streiffront in Nordfrankreich haben sich nicht erfüllt.

In Wattrelos wie in Tourcoing und Roubaix wurde der energischste Kampf gegen die Streikbrecher geführt; viele von ihnen haben daraufhin verzichtet, den Berrat an ihren streikenden Brüdern fortzusetzen.

In Roubaix mußten neue Betriebe wegen Mangel an Spezialarbeitern ihre Tore schließen. Selbst die Industriezeitung muß zugeben, daß nur 40 Arbeitsaufnahmen zu verzeichnen sind, derweil 200 Arbeiter erneut in den Auslandsstraten.

Bei einer Massenkundgebung in Halluin kam es gestern wiederum zu schweren Zusammenstößen mit der Polizei, die blindlings Verhaftungen vornahm und die Demonstration auseinanderzuschlagen versuchte.

Amerika baut mit einem Kostenaufwand von 80 Millionen Mark ein neues Flugzeugmuttergeschiff, das 75 Flugzeuge an Bord nehmen kann.



69. Fortsetzung

„Nach alles einpacken!“ sagte Arke. „Es liegt schon alles in Kisten verpackt,“ informierte ihn Wanjutka.

„Auch die Stempel einpacken!“ „Rein, das wäre falsch, denn sie werden neue Stempel anschaffen. Wir müssen einen Abdruck dieser Stempel mitnehmen und sie dann nachmachen.“

„Alle Schränke ausräumen, das chiffrierte Material und was sonst darin ist, einpacken.“ „Genosse Arke, der eiserne Schrank da muß aufgebrochen werden, es sind sehr wichtige Dokumente drin aufgehoben.“

„Diese Dokumente werde ich mit mir nehmen. Wahrscheinlich sind sehr wichtige Papiere darin, vielleicht eine Liste der Geheimagenten.“

Draußen entstand Lärm. Arke blickte durch das Fenster auf die Straße und rief herunter: „Herzelnassen!“ Die drei wurden still. Im Nebenzimmer erschien Pankratoff.

Sein Mantel war mit Lehm beschmutzt und sein Gesicht sah sehr und übermäßig aus.

„Ach, Genosse Pankratoff,“ rief Wanjutka erfreut und sprang ihm um den Hals. Sie begrüßten sich wie alte Freunde.

Ein heftiges Zittern befiel Pascha; ihr Herzschißlag legte einen Augenblick aus, sie glaubte, zu Boden sinken zu müssen. Sie hatte ihn erkannt. In demselben Augenblick war es ihr klar, daß sie sich ihm nicht zu erkennen geben dürfe, bis sie erfährt, welche Rolle er eigentlich spielte.

Wanjutta sollte nur dann erfahren, daß er sein Vater war, wenn sie sicher sein konnte, daß sie nicht für die Revolution kämpfte.

„Gut,“ sagte sie ab und ging ins Nebenzimmer. Von dort trat ein Mann für einen Augenblick herein. Deutschmann

folgte ihr. „Schließen Sie die Tür, Genosse. Ich bitte Sie, Wanjutka sofort von hier unter irgendeinem Vorwand zu entfernen.“

„Was ist denn los?“ „Das werde ich Ihnen später erklären. Jetzt ist keine Zeit zu verlieren. Gehen Sie sofort mit Wanjutka weg. Lassen Sie mich mit Pankratoff allein.“

„Aber das geht doch nicht, Genossin.“ „Es muß sein, sofort. Die Kisten müssen von hier weggeschafft werden, wir brauchen sowieso Wagen, um sie wegzufahren. Gehen Sie mit Wanjutka und holen sie die Führer.“

„Was geht hier vor? Ich verstehe nicht,“ sagte Arke und schüttelte den Kopf.

„Nichts, gar nichts. Sie müssen sofort mit Wanjutka verschwinden, sonst geschieht ein Unglück.“

Arke ging halb widerwillig. Er tat es, weil er Pascha als gute und mutige Kämpferin für die Revolution kannte. Der entscheidende Ton ihrer Stimme zwang ihn, zu tun, um was sie bat.

„Wanjutta“, rief er, „komm mit mir; wir wollen Wagen holen. Pankratoff und Pascha werden inzwischen alles fertig packen.“

„Wo ist die Mutter?“ „Komm. Sie ist im Nebenzimmer. Wir kommen gleich wieder.“

Er zog ihn mit sich fort. Von der Tür rief er noch einmal ins Zimmer: „Genosse Pankratoff, gehen Sie ins Nebenzimmer.“

Pankratoff ging hinein und sah sich suchend um. Am Fenster stand unbewegt eine Frauengestalt, die sich auch nicht regte, als er eintrat.

„Wer sind Sie“, fragte er. Er bekam keine Antwort. „Wer sind Sie?“ wiederholte er und wollte auf sie zugehen. Mit einem Ruck wandte sie sich um, legte die Hand vor das Gesicht und rief: „Bleiben Sie stehen. Nähern Sie sich mir nicht.“

Panoff erschauerte. Die Stimme kam ihm bekannt vor. Ihm schwindelte; wie Feuer tangte es vor seinen Augen. Er konnte kein Wort herausbringen.

„Wie ist ihr richtiger Name“, fragte die Frau. „Rein ... Name ...“

Er wankte, seine Knie versagten den Dienst. Plötzlich entrang sich ihm ein Schrei:

„Anna ... Anna!“ „Keinen Schritt weiter! Wer bist du?“ „Anna ...“

„Sprich nicht zu mir ... sage, wer du bist!“ Er sagte sich an die Stirn.

„Und das ... ist ... mein Sohn?“ „Wage es nicht, es ihm zu verraten, bis ich es dir erlaube.“ Er stieß einen Schrei aus und lief aus dem Zimmer.

Der Anfang vom Ende

Im Stab der Rottschal-Armee wurde heftig diskutiert. Rottschal selbst leitete die Beratungen. Raufhend und lebhaft debattierend, saßen die Generale und einige Zivilisten um den Tisch, auf dem eine große Generalstabskarte ausgebreitet lag.

„Wir müssen den Rückzug vorbereiten. Die Roten sind in der Offensive.“

„Wohin können wir uns zurückziehen? Unsere Konterespionage scheint ihre Arbeit ganz eingestellt zu haben. Die linken Parteien sind dreist geworden.“

„Ben meinen Sie damit?“ fragte ein Herr in Zivil mit bösem Augensumeln.

„Vielleicht uns, die tapfere Partei der Sozialrevolutionäre, die dies getan haben, um die Massen über die Bolschewiki und ihre volksfeindlichen Ziele aufzuklären?“

„Zum Teufel mit ihren Massen! Wer braucht sie denn? Die Massen sind dazu da, um sie niederzulartachen.“

„Massen? Massen? Man muß mit dem Massenfuß ein Ende machen. Ihr Geschrei von der konstituierenden Versammlung hat uns nur in unseren Aktionen gehindert.“

„Entschuldigen Sie, Erzellenz, das ist doch wohl ein Irrtum. Sie wissen doch sehr gut, daß die Sozialrevolutionäre gegen die Bolschewiki sowohl an der Front als auch im Inneren des Landes gekämpft haben. Sie wissen auch, daß Lenin nur durch Zufall nicht getötet wurde.“

„Ach was, Zufall! Ihr habt schon früher durch eure Freiheitsideen die Grundlagen des russischen Volkes erschüttert. Ihr habt es zur Revolution überredet. Ihr habt unseren Jaren erschlagen.“

„Wir?“ Aufgeregt sprang der Sozialrevolutionär auf. „Wir sollen den Jaren erschlagen haben? Nun, es ist bereits dokumentarisch festgelegt, daß Kerenki den Jaren vor dem Schlimmen gerettet hat. Nur durch die Hilfe von Kerenki ist er nicht von den Bolschewiki in Stücke gerissen worden.“ (Fortf. folgt.)

Die SPD., die Partei des Krankenmordes

Dokumentarischer Beweis für die Raubvorschläge SPD.-Lehmans und Wissells an der Krankenversicherung — Keine Stimme am 14. September der Partei des Krankenblutgeldes!

Ehmann gesteht!

„Dieses kleine Seifenstück
folgt den Weg zum neuen Glück.“
Künzler.

Seit dem 1. September sind die neuen **Notverordnungen** in der Krankenversicherung, 50 Pf. Kranken-scheingebühr und 50 Pf. Krankenbeitrag sowie die Erweiterung der Diktaturbefugnisse für die Vertragsärzte in Kraft. Bergblüh versucht die SPD.-Presse, mit dem „Vorwärts“ an der Spitze, die Verantwortung für diesen Raub an den Kranken abzulenken.

Der „Vorwärts“ vom 5. September bringt eine Erklärung des Krankenkassenpräsidenten Helmuth Lehmann, in der dieser zugibt, daß der Vorschlag der 50-Pf.-Krankenscheingebühr von ihm stamme.

Lehmann und Wissell haben den 500-Millionen-Raub an den Kranken nicht nur vorbereitet, die SPD. führt ihn auch durch. In der Funktionärskonferenz des NDB, am 2. September erklärte der Bunge Siegel: „Die Funktionärskonferenz ist nicht dazu da, um gegen die Notverordnungen Beschlüsse zu fassen.“

Unter Führung Otto Brauns stimmte die preussische Regierung im Reichsrat seinerzeit den Ausführungsbestimmungen der Notverordnung gegen die Kranken zu. In den Ausschüssen der Betriebskrankenkassen AEG und Siemens stimmten die sozialdemokratischen Funktionäre für die Durchführung der Mittel-AG-Verordnungen in deren Betrieben.

Um der verlogenen SPD.-Demagogie gründlich einen Riegel vorzuschieben, veröffentlichen wir im folgenden eine genaue Aufstellung der Vorschläge Lehmanns auf dem Krankentagstag 1928 in Breslau, des Arbeitsministers der Hermann-Müller-Regierung, Wissell und die Notverordnungen Brüning-Steigerwalds.

Was fordern die Kommunisten?

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat am 27. Januar 1930 einen eigenen **Gesetzesentwurf** zur Änderung des zweiten Buches der RVD. (Krankenversicherung), Druck- und Arbeiterschaft zum Ausbau der Krankenversicherung aufgestellt:

Ausdehnung der Versicherungspflicht auf alle gegen Lohn- oder Gehalt beschäftigten Personen, sowie Lehrlinge, Beamte, Erwerbslose, Rentempfänger, Pensionäre, sowie sonstige Unterstützungsempfänger, Insassen von Strafanstalten oder anderen öffentlichen Anstalten und Heimen sowie Familienangehörige, soweit sie nicht selbst versicherungspflichtig sind.

Versicherungsberechtigt sind Gewerbetreibende, sowie Angehörige der freien Berufe nebst ihren Familienangehörigen.

Krankenhilfe wird von Beginn bis Ende der Krankheit gewährt.

Krankengeld wird in Höhe des täglichen Arbeitsverdienstes — ebenfalls von Beginn bis Ende der Krankheit — für jeden Kalendertag gezahlt.

Krankenhauspflege und häusliche Pflege sind obligatorisch. Sterbegeld wird in Höhe des 40fachen Betrages des täglichen Arbeitsverdienstes, mindestens aber 100 RM, gezahlt. Beim Ehegatten zwei Drittel, beim Tode des Kindes die Hälfte.

Träger der Versicherung ist die Reichskrankenkasse, Verwaltungsorgane der Reichskasse sind die Bezirkskrankenkassen.

Selbstverwaltungsorgane der Krankenversicherung sind der Reichsrat und die Bezirksräte. Wahlberechtigt sind nur die Versicherten von 16. Lebensjahre an. Wählbar ist jeder Versicherte, der das 20. Lebensjahr erreicht hat. Die Mitglieder des Reichsrates und der Bezirksräte werden auf ein Jahr gewählt und sind jederzeit abberufbar. Sie stehen unter Kündigungsschutz. Abzüge vom Lohn oder Gehalt dürfen ihnen für ihre Tätigkeit nicht gemacht werden.

Die **Aufbringung der Mittel** erfolgt durch Umlage nach Gefahrenklassen und den Unternehmungen. Von den Versicherten werden keine Beiträge erhoben. Versicherungsberechtigte zahlen Beiträge entsprechend ihrem Einkommen.

Gibt eure Stimme der einzigen Partei, der SPD., die für die Kranken kämpft.

SPD.-Führer verteidigt Krankenmord

Salle, 5. September. In einer am 3. September stattgefundenen Sitzung des Ausschusses der Sozialisten-Krankenkasse wurden die Notverordnungen zur Verschlechterung der Krankenversicherung mit 18 gegen 16 Stimmen abgelehnt.

Eine darauf stattgefundene Sitzung des Vorstandes beschloß mit 4 gegen 3 Stimmen bei einer Stimmenthaltung die Durchführung der Diktatursteuer. Die Kommunisten haben die Durchführung der Notverordnung abgelehnt. Der Sozialdemokrat Krönig aus Ammerboel hatte sich durch seine Flucht vor der Abstimmung gedrückt. Er hat damit zum Verräter gezeichnet, daß er für die mörderische Diktaturverordnung ist.

Bürgerblock übernimmt SPD-Raubvorschläge

Der Vorschlag des SPD.-Lehmans:

Wissells Krankenmord-Anträge:

Verordnungen des Bürgerblocks mit § 48.

Obligatorische Mitwirkung von **Vertrauensärzten** bei Feststellung der Arbeitsunfähigkeit, Schadenersatzpflicht der Kassennärzte bei fahrlässiger Bescheinigung der Arbeitsunfähigkeit.

Die Kassen sind **lerner verpflichtet**, die Bescheinigung des behandelnden Arztes über die Arbeitsunfähigkeit und seine Verordnungen, insbesondere, soweit sie ärztliche Sachleistungen betreffen, in den erforderlichen Fällen durch einen anderen Arzt (Vertrauensarzt) rechtzeitig nachprüfen zu lassen.

Daß zum Bezuge des Krankengeldes **drei Warte-tage** zurückgelegt werden müssen und das Krankengeld nur an solche Leute gezahlt werden darf, deren Arbeitsunfähigkeit objektiv nachweisbar ist.

Krankengeld wird für die ersten drei Tage der Arbeitsunfähigkeit nicht gewährt.

Krankengeld wird vom vierten Tage der Arbeitsunfähigkeit an gewährt.

Wegfall der Barleistung bei entsprechender Ermäßigung der Beiträge für Weltversicherte, für solche Versicherte, die regelmäßig Arbeitslosentgelt im Falle der Arbeitsunfähigkeit beziehen und für selbständige Weltversicherung am Wohnort des Versicherten.

Der Anspruch auf Krankengeld und Hausgeld ruht, soweit der Versicherte Anspruch auf Arbeitsentgelt hat (Angestellte).

Der Anspruch auf Kranken- und Hausgeld ruht, wenn und soweit der Versicherte während der Krankheit Arbeitsentgelt erhält.

Zulässigkeit von Satzungs-vorschriften, wonach arbeitsfähige Kranke an den Arzt-, Arznei- und Heilmittelkosten bis zu einem Viertel durch die Erhebung von Gebühren für Entnahme von Krankenscheinen beteiligt werden.

Für die Ausstellung des Krankenscheines ist eine Gebühr zu entrichten.

Für die Krankenhilfe hat der Versicherte einen Krankenschein zu lösen. Die Gebühr dafür beträgt 50 Pf.

Goebbels für Brotverteuerung

Er lamentiert im „Angriff“: „Überall steigen die Getreidepreise, nur in Deutschland nicht!“

Berlin, 5. September. (Eig. Bericht.)

Der „Angriff“ des Reichspartei- und Regierung-Goebbels leistet in seiner Nummer vom 28. August folgende unerhörte Hilfe für die Zoll- und Brotwucherer in Deutschland:

„Die vorjährige gute Ernte brachte in Amerika einen derartigen Getreideüberschuß, daß ein rapider Preisrückgang einsetzte, der „naturgemäß“ auch in entsprechenden Preisabschlüssen für die deutsche Landwirtschaft sich auswirkte. Die in diesem Jahr vorwiegenden schlechten Ernten treiben ebenso die Preise wieder in die Höhe — nur in Deutschland nicht.“

Die Hermann-Müller-Regierung und nicht weniger die Brüning-Regierung haben durch unerhörte Zollwucherer-gesetze die Preise für Brot und alle übrigen Nahrungsmittel in die Höhe getrieben. 4000 Tonnen Getreide läßt Hermann Müller verkaufen, um die hohen Getreidepreise zu stiften. Hunger raßt durch Young-Deutschland. Die Junker streichen Millionen und aber Millionen in ihre Taschen. Und da kommt das Naziblatt und fordert zynisch eine weitere Verteuerung des Brotes durch künstlich hinaufgetriebene Getreidepreise. So kämpfen die gegen Young!

Das sind dieselben Nazis, die unter der Hermann-Müller-Regierung und der Brüning-Regierung allen Zollwuchererstrategien zustimmten. Nicht ein einzigmal sprachen die nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten zu irgendeinem der Zollanträge. Nicht einmal ergriffen sie das Wort zu irgendeinem kommunistischen Antrag auf Unterstützung der armen Bauern und gegen die Zollwuchererpolitik. Nur einmal folgte der Nationalsozialist Willikens den Ausführungen der deutschnationalen Zollwucherer hinzu: „Wir solidarifizieren uns vollkommen mit den Anträgen der Grünen Front.“

Prangert die Brotwucherer in allen Betrieben und auf allen Stempelstellen an.

„Sturm-vogel“-Flugzeug wirft kommunistische Flugblätter ab

Sa, die Jungkommunisten, was sind das doch für Kerle!

Leipzig, 5. September. Gestern, 18.45 Uhr, wurden über dem Leipziger Hauptbahnhof und der Innenstadt 3000 kommunistische Flugblätter von einem Flugzeug des „Sturm-vogel“, des sozialdemokratischen Arbeiter-Flugverbandes, abgeworfen. Wie wir dazu erfahren, hatte eine Arbeiterin in einer Tombola einen Freisling zu diesem Flugzeug gewonnen und die Freilote, die sie selbst nicht ausnutzen wollte, einem Jugendgenossen überlassen. Dieser Jungarbeiter nutzte die gute Gelegenheit zu einer wirkungsvollen Propaganda der Liste 4 der kommunistischen Partei aus. Er verteilte in seinen Kleidern 3000 Flugblätter und warf sie ab. Als der Pilot das merkte, machte er die verschiedensten Anstrengungen, um das weitere Abwerfen von Flugblättern zu verhindern. Er stellte das Flugzeug auf den Kopf, machte mehrere Loopings, in der Hoffnung, auf diese Weise den Jungarbeiter am weiteren Abwerfen zu hindern. Aber unser tapferer Jugendgenosse ließ sich nicht beirren und warf sämtliche 3000 Flugblätter über der Innenstadt ab. Selbstverständlich wurde er nach der Landung von Polizeibeamten festgenommen und seine Personallisten festgehalten.

Ein Bravo diesem kühnen roten Jungarbeiter! Vorwärts für Liste 4!

Die Arbeitslosen lassen sich nicht mehr belügen

Abfuhr Engelbert Grafs in Leipzig

Leipzig, 5. September. (Eig. Bericht.) Gestern nachmittag hatte die SPD. eine Erwerbslosenversammlung einberufen, auf der der „linke“ Engelbert Graf gesprochen hat. Die Versammlung war schlecht besucht. Außer dem Reichsbanner und der

SWJ. waren nur Kommunisten anwesend. Graf konnte nicht zu Ende sprechen, weil er verlogene Berichte gab von den Vorgängen im Reichstag. U. a. behauptete er, daß die Kommunisten im Sozialpolitischen Ausschuss für die Beibehaltung der Bedürftigkeitsprüfung in der Erwerbslosenfrage gestimmt hätten. Das schlug dem Graf den Boden aus. Gegen diese unerhörte Lüge erhob sich ein Proteststurm, so daß Graf abtreten mußte. Die Diskussion wurde erzwungen. Es sprach Genosse Kurt Hermann vom Erwerbslosenausschuß. Die Versammlung wurde mit dem Sprechchor der Kommunisten geschlossen: Wer hat uns verraten? Die Sozialdemokraten! Wer macht euch frei? Die kommunistische Partei!

Erwerbslose, heraus am 10. September, demonstrieret für Arbeit und Brot, für den Sieg eurer Partei, der SPD., Liste 4!

Sturmbrigaden der Jugend durchbrechen die Nazifront

Der Chemnitzer Unterbezirk der RPD und der RZPD. haben zur Wahlarbeit Sturmbrigaden für das flache Land aufgestellt, die in jene Teile des Bezirks eindringen, in denen die RPD. bisher geringen Einfluß hatte und die Nazis die Bevölkerung terrorisierten.

18 junge Wehrproleten, die vier Tage unterwegs sind, berichten über ihre Arbeit. In der ganzen Gegend spricht man von ihnen. Das unermüdete Werben, das straffe disziplinierte Auftreten, der Kollektive Geist verschafft ihnen Achtung und Ansehen. Und so können sie die Arbeit für die revolutionäre Partei leisten.

Am ersten Tage gelang es ihnen, in Schwaben, einem Orte, der von Großbauern und Junkern beherrscht wird, für 10 Mark Literatur zu verkaufen und 10 Mark zu sammeln.

In Siegelheim, wo sie keinen Saal bekamen, führten die Sturmbrigaden ihre Versammlung im Freien durch.

In Waldenburg mußten die Glauchauer Nazis, wo eine Versammlung von der Sturmbrigade organisiert war, unverrichteter Dinge wieder abfahren.

In Waldenburg selbst wurden Straßenversammlungen durchgeführt, 50 Zeitungen und 70 Broschüren verkauft, sowie 6,75 Mark gesammelt.

So gehen die Berichte fort und voll Begeisterung schreibt die Sturmbrigade:

„In einem Ort, wo noch keine einzige kommunistische Zelle war, haben wir eine Ortsgruppe gegründet. Vorwärts mit Rot Front! Keine Ermüdung. Drauf und dran! Sturmarbeit für die proletarische Revolution!“

Knoblauchwurst 1. Sorte allerfeinste Qualität **Portion mit Bröchen 25 Pfg.**
1a Polnische, unser Schlager " " " **30 Pfg.**
2 Paar Wiener Würstchen 1a Qualität " " " **30 Pfg.**

Emil Fache A.-G.

Filialen in allen Stadtteilen

Inletts
 garantiert federdicht und echt

Gute Wäsche
 jeder Art und dauerhafte **Berufskleidung**
 aus eigener Werkstatt

Leinenhaus
Gotthard Völkel

Breslau
 Albrechtsstraße 56 (2. Haus vom Ring) und Friedrich-Wilhelm-Straße 51

Nur **Qualitätsware**
 kaufen Sie sehr preiswert im **Schuhhaus**

Lewkowitz
 Breslau, Scheinliger Str. 25

Schuhhaus „Magnet“
 Matthiasstraße 18
 Spezialhaus für gediegene Schuhwaren

Gummiwaren aller Art
 Schutzmittel gegen Ansteckung, Patent für Spülungen u. Geburtenregelung.
 Probierte gratis
 Niedermarkt-Versand
 Breslau 18

Pfänder-Auktion
 Mittwoch, 10. Sept.
 Pfandleihhaus **Grundmann**
 Trebnitzer Str. 21

Oskar Baum
 Breslau, Sternstraße Nr. 77
 Ecke Hedwigstraße
 Wäde, Schürzen u. Kleider

Schlafzimmer
 neu, mit 3 teil. Spiegelschrank
335.- Mk.
 Teilzahlung gestattet
Möbelspeicher, Brüderstr. 23

Metallbettstell. 25.-, 22.-, 19.-, 15.50, 12.50 - 875
Bettfedern Daun
 Fertige Betten, 1 Deckbett, 2 Kissen m. Federn 70.-, 80.-, 40.-, 35.-, 25.- 1675
Polstermatratz.
Korbmöbel
Kinderwagen
 Komplette Schlafzimmer
 Größtes Haus der Branche Ostdeutschlands
Becken-Becker
 Breslau 1, Kupferschmiedestr. 4
 Katalog gratis!

Zeitungsverkäufer
 werden gesucht, die gewillt sind, bei täglich 8 stündiger Beschäftigung unsere **illustrierte Wahlzeitung** zu verkaufen. Besonders erfolgreiche Verkäufer werden nach der Wahl weiter beschäftigt. Zuschriften sind zu richten an:
Artur Müller, Breslau 2
 Behmegrabenstr. 37 part. links.

Herzberg & Co.
 Ostdeutschlands größte Likörfabrik
 verbunden mit einer großen Weinhandlung

hat, um den Wünschen seiner zahlreichen Kundschaft im Pöpelwitzer Stadtbezirk und speziell in den Siedlungen entsprechen zu können, eine Filiale gegenüber dem Schlachthof

Frankfurter Str. 103
 Ecke Bärenstraße, eröffnet

Der Verkauf findet dort lose vom Faß und in Originalflaschen zu Originalpreisen wie in allen anderen Filialen statt

Das Geschäft ist nach ganz modernen Grundsätzen ausgebaut und ist eine Zierde der dortigen Gegend

Die Firma unterhält mithin folgende Verkaufsgeschäfte:

Höfchenstr. 48 **Michaelisstr. 3**
Blücherplatz 17 **Leuthenstr. 10**
Klosterstr. 64 **Selenkestr. 17**

Frankfurter Str. 103, Ecke Bärenstr.
 gegenüber dem Schlachthof

Wir liefern
 Plakate
 Briefbogen
 Rechnungen
 Programme
 Einladungskarten
 Flugblätter
 Werke
 Zeitungen
 Zeitschriften
 Rotationsdruck
 Massenaufgaben
 prompt und preiswert

PEUVAG
 Papier-Erzeugungs- und Verarbeitungs-Aktiva-Gesellschaft Berlin
 Fil. Breslau
 Trebnitzer Str. 50

Wählen Sie Blau oder Braun
 die Farbe bleibt sich gleich — denn Sie werden mit jedem Anzug oder Ulster zufrieden sein

Herren-Anzüge in guten Qualitäten
 Mk. 35.—, 31.—, 24.—

Sport-Anzüge mit langer Hose oder Knickebocker Mk. 37.—, 33.—, 28.—, 25.—

Winter-Ulster in großer Auswahl
 Mk. 37.50, 34.—, 30.—, 23.—

Loden-Joppen in Sport oder glatter Form mit warmen Futter Mk. 18.—, 16.50, 13.—, 10.50

Eugen Hamburger, Breslau
 nur Teichstraße Nr. 31

Frage Abholung und Zusendung
 Die anerkannt gute **Schuhreparatur**

Sohlen und Absätze
 Damen M 2.50, Herren M 3.50

Spez.: Gollath-Leder
 3-4fache Haltbarkeit

Färben auf Neu — Weiten
 Ausführung aller Reparaturen
 in 20 Minuten. Teleph. 290 23
 Filialbetrieb 1: Gebälzstraße 60.

Besolei
 2. Straße Nikolaisstr. 10/11

Fahrräder — Nähmaschinen
 kauft man bei
Dittmann, Sprottau
 Herrenstraße 1
 Preis und Qualität ist seine Reklame

Fahrradhaus „Eximius“
 Breslau, Reuschestraße 28
 Fahrräder, Nähmaschinen, Sprechapparate
 sämtliches Zubehör
 zu den bekannt billigen Preisen
 Reparaturwerkstatt

Genossen
 werbt für **Gute Bresse!**

Die
 Rundfunkzeitung für alle werktätigen Hörer ist der **„ARBEITER-SENDER“**
 illustrierte Wochenschrift.

Derselbe bringt neben dem ausführlichen Europaprogramm eine reiche Illustration aller wichtigen Ereignisse der ganzen

Welt

Ferner ist aus dem Inhalt hervorzuhellen die Besprechung der wichtigsten Vorgänge der Rundfunkprogramme.
 Bestellen Sie noch heute den **„ARBEITER-SENDER“**, dann sind Sie als werktätiger Funkfreund richtig

im Bild

Post-Bestellschein
 Unterzeichneter bestellt hiermit die Zeitschrift **Arbeiter-Sender**
 illustrierte Wochenschrift
 Verlagsort: Berlin — Zeitungsliste: Berlin
 Reichsausgabe A mit Europaprogramm. Bezugspreis monatl. 90 Pf. und 6 Pf. Bestellgeld:

Zu liefern ab: _____
 Ort: _____
 Name: _____
 Wohnung: _____
 Postamt: _____

Volksfürsorge
 Kennst Du die
 das Versicherungsunternehmen auf genossenschaftlicher Grundlage, bei dem

alle Gewinne den Versicherten zufließen.

Volksversicherung, Großlebensversicherung
 Kapitalanlage 100 000 000 Rm. — Mehr als zwei Millionen Versicherte — 1929: 580 820 Neuansprüche, 3 Millionen Rm. Sterbefallunterstützung. Bei Unfalltod den Angehörigen die doppelte Versicherungssumme. Kein Versicherungsfall bei früherer Zahlungseinstellung.

Wenn Du die Deinen lieb hast
 versichere Dich sofort oder Angehörige
 Auskunft erteilt die
 Rechnungsstelle Görlitz, Mittelstraße 36 Tel. 624

Adolf Teichmann Nachfolger
Max Weid, Bunzlau
 Likörfabrik
 en gros und en détail

Siegfried Neumann
 Sprottau i. Schl., Klubgasse
 Empfehle ff. Spirituosen
 Frucht- und Traubenweine

Hirschberg im Riesengebirge
 Geöffnet ist Sonntag, den 7. Sept., die Fisch-Apothek, Bahnhofstraße 17.
 Diese versteht bis Sonnabend, den 13. September, früh, den Nachtdienst.

Günstiges Käseangebot!
 Wegen Räumung unseres Käselagers sind wir i. d. Lage, guten, abgelagerten Tiiser Käse für den Spottpreis von 0,30 Rm. d. Pfd. abzugeben. Der Versand erfolgt in Postkolli v. ca. 8-9 Pfd. gegen Nachnahme. Werte Angebote sind zu richten an die
Molkerei-Genossenschaft Goldberg i. M.
 e. G. m. b. H.

Genossen!
 Besucht nur die Lokale unserer Inserenten!

Schwerarbeiter, Kopfarbeiter und Kinder

essen nur das vorzügliche
Edeka-Roggenbrot
 denn es ist schmackhaft, nahrhaft und bekömmlich



Grubenfunze

durchs Waldenburger Land

Die Spannung wächst. Acht Tage noch und dann heißt's wieder: "Ja die Wahlurne. Ich bin neugierig, wie die Wähler ausfallen werden", "Kommunisten und Nazis werden an Stimmen gewinnen, die Sozialdemokraten mit allen anderen bürgerlichen Parteien verlieren". "Ne wieder wähle ich Sozialdemokraten, die haben uns schon viel versprochen und nichts gehalten" — diese und andere Gespräche hört man täglich zumal. Noch verspricht sich selber ein Teil der Arbeiter durch die Wahl eine Besserung ihrer hundsmiserablen Lebensweise. Alle Wahlversprechungen sind reiner Schwindel. Siehen die Arbeiter erst in ihrem gepolsterten Ministerfessel, der ihnen jährlich so 86 000 bis 40 000 Mark und mehr einbringt (nach dem Abzug noch eine Pension von 18 900 Mark für 21 monatige Arbeit, siehe Panzer-Müller), dann ist der arme Wähler vergessen bis zur nächsten Wahl. Dafür wird er in der Zwischenzeit ausgepreßt wie eine Zitrone. Das letzte Stückchen Margarinebrot wird seiner hungertigen Familie vom Tisch gerissen. Das hat die Vergangenheit gelehrt.

Eine Partei gibt es, Arbeiter, Arbeiterfrau aus dem Hungerland, die nicht mit allerlei lodenden süßen Versprechungen um deine Stimme buhlt. Das ist die kommunistische Partei. Sie fordert dich auf, Liste 4 zu wählen mit dem Versprechen, den unverwundlichen Kampf gegen alle deine Feinde zu organisieren und zu führen, das moschische System mit all seinem Plunder zu beseitigen und ein Sowjet-Deutschland aufzubauen. Die Entschelbung dürfte dir nicht schwer fallen.

Weil sich sehr oft gute Christen „christlich-sozial“ nennen, gehe ich nach Charlottenbrunn, um mich dortselbst von der Wahrheit bzw. Falschheit dieser Behauptung zu überzeugen. Vermittels meiner „Funze“ finde ich einen städtischen Arbeiter, der als Kirchenwahrer 25 Jahre der evangelischen Kirche treu gedient hat. Total unbekannt ist dieser arme Bürger. 10 Mark, in Worten: zehn Mark, erhält der arme monatlich Pension. Dagegen wird ein nicht gerade schlechtbezahlter Lehrer, der zu Gottes Ehre die Orgel spielt, mit 1200 Mark jährlich entschädigt. Der Herr Kantor spielt im Jahre höchstens 80 Stunden und hat somit einen Stundenlohn von 20 Mark für diese Nebenarbeit, oder für eine Stunde Arbeit so viel wie ein kranker Hilfsbedürftiger Proletarier für zwei Monate „Pension“ erhält.

Unverständlich ist der Kirchenvorstand im Eingehen der Kirchensteuer. Eine Witwe, die ein kleines Häuschen ihr eigen nennt, ist mit 48 Mark Steuern veranlagt. Arbeiter müssen bis 16 Mark bleiben. Ehe ich Charlottenbrunn verlässt, frage ich die Herren des Kirchenvorstandes, Pastor Stern, Major Böhm-Zannhausen, Fabrikbesitzer Fischer-Rehmann und Stadtmüller Konrad-Charlottenbrunn: „Sind diese Tatsachen Beweise eurer christlichen Nächstenliebe?“ Arbeiter, gebt diesen Mardern eine deutliche Antwort, indem ihr den Austritt aus der Kirche vollzieht.

In allen Organisationen versucht die SPD, ihre fortschwindenden Felle zu retten und die Arbeiter für die Liste 1 zu gewinnen. Auch die Bahnhofsverwaltung des BVB, Weiskstein wurde zur Wahlpropaganda für die Verräterpartei ausgenutzt. Albert Ruhnert, der bisher als politisches Wort immer sagte: „Ich, der alte Gewerkschaftler“, hat sich, an der Bahnhofsverwaltung, die von Kommunisten besetzt war, in seiner Redeweise nicht sehen. Dem „alten Gewerkschaftler“ war es verdammt, die 1. Mai 1924 als solcher zu entpuppen, denn er besuchte am Weisksteinfest des Proletariats zur Arbeit. Den zweiten Tag erträchte er, als er kurze Zeit später für die Jubiläumsgelände der Arbeitstagesarbeiter flüchtete. Das ist der medlige Albert in der Bahnhofsverwaltung (spielen will, muß er das vorher bekanntgeben, damit Eintritt erhoben werden kann. Ungeahnte Einkommensquelle. Hebrigens wurde Albert erst lebendig, als Genosse Klein sprach. Parteil's Referat mochte ihm zu uninteressant sein, da er während deselben schlief. Alles Veredle auch der Wützchen wird nicht mehr nützen.

Die Erwerbslosen von Langwallerdors werden wie Sklaven behandelt. Vorige Woche mußten alle stellunglosen Mädchen nach Wörbersdorf, wo sie sich vor den Förstern der Reiche nach aufstellen mußten. Und dann ging die Auswahl los. Was da für Nebenarbeiten gefallen sind, ist nicht zum Niederschreiben. Die Erwerbslosen müssen sich gegen den modernen Sklavenhandel sowie die Methoden der Wörbersdorfer Förster auflehnen. Wählt endlich einen Erwerbslosen-ausschuß, dann werden sich diese Stahlhelmsbrüder seine Freiheiten mehr erlauben.

Vor meinem Marsch nach Gottesberg leuchtete ich noch mal ins Gemeindebüro. Eine Frau will sich den Krankenjettel holen, weil sie zum Arzt muß. Der SPD-Vertreter erklärte, sie brauche keinen mehr und wurde nach Hause geschickt. Dieser Arbeitervertreter ist also schon schlauer als ein Arzt. „Kampf gegen Brüning“ wird in jeder SPD-Verammlung geschrien, dessen Sparprogramm aber von den Konfordsatsfreunden durchgeführt.

Kaltlos stehe ich in Gottesberg. Da, denke ich: „Geht dir der Rat aus, gehste rein ins Mathaus.“ Über da drinne unreine, dicke Luft. Meine Funze hält einen Puff aus, aber hier war sie doch bald ausgegangen. Nach oben konnte ich schon gar nicht, weshalb ich porterre die Tür öffnete, die mit dem Schilde „Polizeikommissar“ versehen war. Auch da „stinkige Luft“. Ungehindert konnte ich meine Revision vornehmen. Zwar fand ich nicht viel, aber es genügt auch. Franke heißt der oberkommandierende Polizeikommissar. Persönlich kenne ich den hohen Herrn nicht, mache mir aber so ungefahr ein Bild: blaue, treuentsche Augen, echt germanenblondes Kopshaar, ebenfalsche Farbe der um die Ohren gelegte Schnurrbart und Offizierskleidung mit diversen Blechmarken und Bändern bedoriert. Auf dem Rückwege habe ich den Polizeigewaltigen selbstständig gesehen und wahrgenommen, daß er einen Schein dunkler ist. — Außer seiner vielseitigen Beschäftigung ist Herr Franke Berichterstatter für polizeiliche Angelegenheiten. In Frage kommen die Intelligenzblätter „Tageblatt“, „Bergwacht“ und ein Wochenblatt. Eine ganz ansehnliche Nebeneinnahme zu dem hohen Gehalt. Papier und Ruvertis sind gratis, da es von oben nach unten kommt und die sterbende Stadt bezahlt. Ob das der oberste Polizeichef als Bürgermeister auch weiß? Wenn sich nämlich ein Schreiberlehrling mal einen Wogen aneignet, dann wird Raube geübt, er fliegt. (Fall Krause.) Wo bleibt das gleiche Recht für alle?

Das Wochen-Risiblättel habe ich schon nach allen Richtungen befragt, aber bis heute noch keinen polizeilichen Bericht über den vorzüglichen Votreffter des Schützenkönigs a. D. Schröder in die Wahlmeisterliste gesehen. Ueber diesen hochmöglidlichen Bürger schreibt sich der Berichterstatter aus. Die Duz- und Befinnungs-kommenschaft des Polizeikommissars mit dem Schützenkönig erklärt

das schamphafte Schwestern. Das geringste Versehen eines Arbeiters wird geltebrucht der Dessenlichkeit vorgelegt.

Meine Funze leuchtet vorzüglich, und so will ich auch die dunkelsten Stellen des Mathaus besagen. Wer später, nicht wahr?

Ich will nicht sagen, daß alle Polizeigewaltigen lässlich sind. Da habe ich am Sonntag meine kleine Freude an einem Dorfpolizisten gehabt, den ich anlässlich eines Landausmarsches kennen lerne.

Wenn man sich nicht, denn der gute Herr würde ohne Person entlassen. Als der Parteiführer in einen Saal zog, grüßte ein Genosse den Vorfgewaltigen mit einem kräftigen „Heil Mostau“ und ebenso schnell erwiderte derselbe „Heil Mostau“. Mein Freund Hermann hat velleicht gegrißt. Kollege Frize würde sagen: „Da, ja, ja, lenne Schant a Kuppe.“

Sonntag nachmittag treffen wir uns wieder in Waldenburg zur Demonstration, alle Funzeffreunde.

Die Durchbruchschlacht geht weiter

Der größte Saal in Altwasser überfüllt — 22 Arbeiter erklären in dieser Versammlung den Eintritt in die Partei

Seit Jahren hatte die Parteiorganisation in Altwasser keine solche überfüllte Versammlung aufzuweisen wie die am Mittwoch stattgefunden. Durch den Übergang der Menegaten Reichelt, Jahn, Rintcher und Paheld zu der Panzerkreuzer-Partei glaubten unsere Gegner unserer Partei das Rückgrat gebrochen zu haben. Nun, der Verlauf der Versammlung bewies aufs neue, daß unsere Bewegung durch nichts aufgehalten werden kann. Auch nicht durch den Austritt einiger Mitglieder und Passivisten. Reichelt, Jahn und Konforten sind gegangen und zehnmal mehr Arbeiter stoßen zu unserer Partei.

Der Verlauf der Versammlung zeigte eine einzige Vertrauens-Landungsbewegung für unsere Partei. Kurz nach der angelegten Zeit war die Versammlung bereits überfüllt und Nachkommende mußten mit Stehplätzen vorlieb nehmen. Genosse Schulz sprach über das Thema „Sowjetstern oder Kaltenkrug — Kommunismus die Rettung“. Seine Ausführungen wurden des öfteren von begeisterten Zustimmung untermbrochen. Lediglich ein sozialdemokratischer Funktionär machte

Sin und wieder im Sinne der SPD. blöde Zwischenrufe. Als er sich jedoch in der Diskussion zum Wort melden sollte, hätte dieser „Kapfere Geld“ bereits das Wort gesucht. Am Schluß der wirkungsvollen Rede des Genossen Schulz brachen die Versammlungsteilnehmer in langanhaltenden Beifall aus.

Im Schlusssort knüpft Genosse Schulz an diesen Beifall an und fordert die Anwesenden auf, die Konsequenzen aus ihrer Zustimmung zu ziehen. Der Erfolg blieb nicht aus.

22 Neuaufnahmen für die Partei konnten sofort gebucht werden.

Das Ergebnis in dieser Versammlung im Zusammenhang mit den Erfolgen der Partei im ganzen Revier berechtigt zu den allerbesten Hoffnungen für den 14. September. Aber erst nach dem 14. September wird es Aufgabe der Massenbewußten Arbeiter sein, verkärt den Kampf gegen Massenverelendung und Faschismus und Unternehmerröfenschaft, für ein Sowjetdeutschland zu führen.

Wahlkampf im Unterbezirk Waldenburg

Versammlungen vom 2. bis 7. September

- Sonnabend, den 6. September.**
- Kornitz: 20 Uhr in der „Obermühle“ Wahlversammlung. Ref. Genosse Josef Sellig-Waldenburg.
 - Göhlenau: 19:30 Uhr. Referent Karl Honisch.
 - Lotharwasser: 19 Uhr, Lokal „Dreschlergrund“. Ref. Karl Weyer.
 - Charlottenbrunn: 20 Uhr, „Friedenshoffnung“. Ref. Jul. Müller.
- Sonntag, den 7. September.**
- Waldenburg: 9 Uhr, Gasthaus „Zum Edelstein“. Wahlversammlung. Referent Paul Hoffmann.
 - Dittersbach: 19 Uhr, Lokal „Liesbau“, Wahlversammlung. Ref. Alfred Klein-Weiskstein.
 - Rudolfswaldau: 20 Uhr bei Köhler Wahlversammlung. Referent Fritz Franz.
 - Schwarzwaldbau: 9 Uhr. Lokal wird noch bekanntgegeben. Wahlversammlung. Referent Karl Weyer.
 - Nothenbach: 9 Uhr, Lokal „Zum Klarschacht“. Wahlversammlung. Referent R. Schulz.
 - Langwallerdors: 9 Uhr, in der Brauerei. Wahlversammlung. Referent Karl Honisch.
 - Dittersbach: 19 Uhr, „Friedenshoffnung“, Wahlversammlung.

Achtung, Zeugen werden gesucht!

Auf Grund von Beipfehlung durch den Beamten Haase von der Waldenburger Kriminalpolizei und mehrere Landläger sind erneut gegen den Genossen R. Schulz mehrere Anzeigen bei der Staatsanwaltschaft in Waldenburg eingegangen. In zwei Fällen handelt es sich um die Vorgänge am Dienstag, dem 26. Juni, anlässlich des Durchmarsches der aus der Versammlung in Niederaltbrunn kommenden kommunistischen Versammlungsbesucher und um den antisozialistischen Aufmarsch am 13. Juli in Bad Salzbrunn. Im ersteren Falle wird Genosse R. Schulz angeklagt, sich gegen § 11 des Republik-schutzgesetzes vergangen zu haben, und im zweiten Falle wird er der Beschimpfung der Staatsgewalt beschuldigt.

Um bei den Hauptverhandlungen mit Zeugen aufwarten zu können, fordern wir die Genossen, welchen diese Vorkommnisse noch in Erinnerung sind, auf, sich sofort bei dem Genossen Schulz zu melden.

Oberes Revier

Eine blendende Zukunftskanon

der SPD.

Dies scheint uns der Reichstagsabgeordnetenlandbidat Berger zu werden. Genau so wie seine Vorgänger: Osterroth, Löbe, Wendemann und wie sie alle heißen, die schon den Sozialismus in ihrer

Auf zum Internationalen Jugendtag

und zur roten Wahldemonstration

am Sonntag, dem 7. September

Zentraler Sammelpunkt 14 Uhr in Waldenburg, Friedländer Chaussee. Abmarsch des Gesamtzuges 14,15 Uhr. Endlandung in Nied. Gernsdorf, Denkmalsplatz bei der „Friedenshoffnung“.

Ansprachen: Abgeordneter Paul Hoffmann-Berlin. Der Leiter der Partei, R. Schulz. Der Leiter der Jugend, Hermann Menzel.

Sammelpunkte und Abmarschzeiten in den Orten.

Weiskstein: Antreten 13 Uhr, „Gemeindegasse“. Abmarsch 13,15 Uhr.
 Altwasser: Antreten 13 Uhr, „Johannesbrücke“. Abmarsch 13,15 Uhr.
 Nieder-Salzbrunn: Antreten 12,15 Uhr, „Bierkrug“. Abmarsch um 12,30 Uhr.
 Dittersbach: Antreten 13 Uhr, „Am Zoll“. Abmarsch 13,15 Uhr.
 Gernsdorf: Antreten 13 Uhr, Hotel „Guld-Auf“. Abmarsch 13,15 Uhr.
 Wüsteglersdorf: Antreten 11,30 Uhr, an der „Sonne“. Abmarsch um 11,45 Uhr.
 Gausdorf: Antreten 11,45 Uhr, „Zur guten Laune“. Abmarsch um 12 Uhr.
 Lehmannsberg: Antreten 12,15 Uhr, „Schultheshausl“. Abmarsch um 12,30 Uhr.
 Gottesberg: Antreten 12,30 Uhr, auf dem Ring. Abmarsch 12,45 Uhr.
 Nothenbach, Felshammer und Alt-Wälsitz schließen sich Gottesberg an.

Die nicht angeführten Orte müssen bis 14. Uhr am Zentral-sammelpunkt eintreffen. UBR, Waldenburg der SPD.

Tasche haben, bemüht sich der kleine — ach nee „große“ Bergwacht, für sich etwas zu ergattern, und selbst, wenn er seine eigenen Eltern dabei zum Hungern und ins Elend treibt. Dies beweist folgender Vorfall: Seine Eltern trugen die „Bergwacht“ aus, mühten dies aber einige Wochen an eine Frau Gärtner abtreten, weil sie für diese Zeit nach Westfalen führen. Der famose Berger ließ aber seiner Stilleschwester, also der Frau Gärtner, nicht diese Kolportage, die paar Groschen verdienen, und trug sie selber aus. Er geht in selbste Missgunst sogar so weit, den zurückgekehrten Eltern die Kolportage vorzuenthalten. Hieran kann man ersehen, wie und zu was diese „Sozialdemokraten“ schon im Kleinen fähig sind, und nun verlangen sie, daß man sie vollends in den Sozialisierungsstadel hebt. Gebt diesen Egoisten die Quittung, indem ihr mittlumpst zum Sturz dieser korrupten Gesellschaft, zum Aufbau eines freien, sozialistischen Sowjetdeutschlands. Am 14. September wollen wir abrechnen dafür, darum wählt Liste 4!

Die Arbeiter folgen dem Rufe unserer Partei

Gottesberg. Das bewies sehr deutlich die am Montag abgehaltene öffentliche Bergarbeiterversammlung. Wir mußten die Versammlung aus technischen Gründen — sie war für später geplant — schon am Montag einberufen, konnten also auch erst am Montag die Versammlung publik machen. Wir zogen trotz Regenwetters mit Kapelle und Transparent für die Versammlung durch die Arbeiterstraßen, und ein Genosse forderte an den wichtigsten Straßenpunkten die Arbeiter auf, die Versammlung zu besuchen. Dadurch hatte in wenigen Stunden die Partei einen vollen Saal zusammen. Daß die Arbeiter trotz Regenwetters dem Rufe der Partei folgten, beweist aufs neue die Sympathie der Arbeiter für unsere Partei. Der Genosse Honisch verstand es ausgezeichnet, Wiffels Verratsverbrechen an den Bergarbeitern aufzuzeigen, desgleichen die heuchlerische Maske all diesen Verrätern vom Gesicht zu reißen. Eine Entschelbung fand einstimmige Annahme. — Weiter wurden einige Delegierte zur Industrienratentagung gewählt. Der Beifall für unseren Genossen Honisch bewies, daß die Bergarbeiter Gottesbergs gewillt sind, gemeinsam mit den Revolutionären Gewerkschaftsopposition und der Partei den Kampf zu führen für ein Sowjetdeutschland, für Liste 4.

Jauer

Achtung!

Alle Werktätigen kommen Dienstag, den 9. September, abends 7 Uhr zur Wahlhandlung am Ring. Um 8 Uhr spricht im „Grünen Adler“ Genosse Wolkebet. Eintritt frei.

Kommunisten

die einrige Rettung

20 Pf.

Das für den Wahlfonds gesammelte Geld muß sofort an die Bezirksleitung abgerechnet werden.

Bettfedern u. Daunenn

kaufen Sie am vorteilhaftesten
nur im Spezial-Geschäft

Paul Jähler

Liegnitz, Petrisstr. 5
Gegründet 1887

A. Becker, Inh. G. Müller

Spezialgeschäft
für Bettfedern, Inletts und Bettwäsche
Aelteste und modernste Bettfedern-Reinigung
mit elektrischem Betrieb

Liegnitz, Neuer Weg 4a
Telephon 4303

Brot- und Feinbäckerei
Hermann Weiß, Inhab. Ww. Eilfriede Weiß
Liegnitz, Frauenstrasse 51

Einlegetöpfe

in Ton und Stein in größter Auswahl
gut und billig im
Spezialgeschäft

Bunzlauer Tonwaren

Haynauer Straße 25 (neben Tageblatt)

Lebensmittel
Weine
Rauwaren
nur bei
Kurt Herrmann, Liegnitz
Haynauer Straße 65

Brot, Semmel und Konditorwaren
kauft man gut
bei
Oskar Röhrich
Liegnitz, Kohlmarkt Nr. 13

Bezugsquelle
für feinste Konditorwaren
nur bei
Richard Borek
Brot- und Feinbäckerei
Liegnitz, Haynauer Str. 61

Eduard Renner
Burgstrasse 52
fl. Fleisch- und Würstwaren
Gute Zigarren, Zigaretten, Tabak
bei
Hermann Wagner
Carthausstraße 37

Möbel-Ausstattungen
Schlafzimm. ech. Eiche von 480,- Mk. an
Schlafzimm. mit. Birke v. 420,-
Schlafzimm. mit. Nußb. v. 390,-
Küchen 7 teilig . . . v. 115,-
Einze möbel in großer Auswahl.
Pusch & Co.
Möbelwerkstätten * Haagstraße 1

Teppiche, Gardinen, Läuferstoffe
Dlwandecken, Bettdecken, Stores u.a.

Teppichhaus Wachsmann

Gleiwitz

Beuthen



Kammerlichtspiele
Oppeln

Ab Freitag, 5. 9.
Ein Tonfilm
vom Tonfilm

Der Schutz im Tonfilm-Atelier

Nach einer Idee von
Kurt Siodmack
in den Hauptrollen:
Gerda Manrus
Harry Frank

Das tönende
Beiprogramm



Zahlen beweisen!

Die Versicherungs-Gesellschaft der wert-
tätigen Bevölkerung, die

Volksfürsorge

Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche
Versicherungskassengesellschaft
gewährt ihren Versicherten die gewun-
dere jährliche Jahresprämie für 1929
30% Gewinnanteile i. d. Volksabteilung
35% Gewinnanteil. i. d. Lebensabteilung

Bei der Volksfürsorge sind 2 Millionen Versicherungen in Kraft
Sie hat ein Vermögen von rund 100 Millionen R-Mark

Nähere Auskunft erteilt die Rechnungsstelle:
Breslau, Margarethenstr. 171, B. 112, und der Vorstand der Volksfürsorge,
Hamburg 5, An der Alster 57/61

Café Jonda
Gleiwitz
Angenehmer Familienaufenthalt
Täglich Künstler-Konzert

Partei-
genossen!

In bekannter und guter Qualität
Preßtabak
sowie Zigarren u. Zigaretten empfiehlt
Max Kerber
Gleiwitz, Turmstraße Nr. 8

Bäckwaren
nur von
Otto König
Gleiwitz, Klosterstraße 2 und 26
Friedrichstraße 21

Beachte
bei allen Einkäufen
immer nur unsere
Inserenten!

Gute Bäckwaren
empfiehlt
Rosa König, Gleiwitz
Klosterstr. 1 und 26 :: Friedrichstr. 21

NEUER ÖFFNUNG

am Sonnabend, dem 6. September, 10 Uhr

Die größte Auswahl

Die schönsten Schuhe

Die niedrigsten Preise

Shuh-Stage

Das große Schuhhaus mit den kleinen Preisen • Gleiwitz OS., Wilhelmstraße 30

IN SERATE in der „Arbeiter-Zeitung“

finden weiteste Verbreitung
und haben stets die größten

ERFOLGE!